

# perspectivas

Ausgabe 6  
November 2020

POLITISCHE ANALYSEN UND KOMMENTARE

## Lateinamerika



**Lügen, Hass und Desinformation**  
Lateinamerika in postfaktischen Zeiten

**Perspectivas Lateinamerika** erscheint in enger Zusammenarbeit mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lateinamerika.



## Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie hat ihren Hauptsitz in Berlin und unterhält derzeit 34 Büros weltweit. In Lateinamerika engagieren wir uns gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern insbesondere in der Klima- und Ressourcenpolitik, wir fördern Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung der Menschenrechte. Elementar wichtig ist uns die Stärkung und Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Stiftung bemüht sich um die intensive Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Europa und Lateinamerika; dazu gehört auch die Förderung internationaler Dialoge, denn sie sind die Voraussetzung für konstruktives Handeln.

# Inhalt

- 2 Vorwort**
- 5 Überzeugt von der eigenen Wahrheit – Postfaktizität in Lateinamerika**  
Beatriz Busaniche
- 9 Hass, Diskriminierung und Desinformation in der mexikanischen Migrationsdebatte**  
Martha A. Tudón Maldonado
- 13 Wissenschaftsleugner an der Macht: Vertrauenskrise und Umweltkollaps in Brasilien**  
Tatiana Roque
- 19 Medien in El Salvador: Wie fehlende Berichterstattung die Gewalt gegen Frauen verharmlost**  
Laura Aguirre
- 23 Fake News: Desinformation und Zensur in Kolumbien**  
Diana Salinas
- 29 Kampf gegen die Lügen: Die Faktencheck-Initiative Verificado in Mexiko**  
Interview mit Daniela Mendoza
- 33 Technologien und Covid-19 in Brasilien: Zwischen Desinformation und Überwachung**  
Jamila Venturini und Joyce Souza

# Vorwort

Desinformationen sind, ähnlich wie Fake News, kein neues Phänomen. Schon immer war die Versuchung groß, gezielt Falschmeldungen zu streuen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Allerdings haben die neuen Medien zu einer schnelleren, größeren und vor allem zielgenaueren Verbreitung beigetragen und uns damit ins postfaktische Zeitalter katapultiert. Aktuelles Beispiel ist die Corona-Krise. Sie hat eine Welle von Verschwörungserzählungen hervorgebracht, die zunehmend von extrem rechten Kräften instrumentalisiert wird.

Immer häufiger ist nicht mehr die Frage nach dem Wahrheitsgehalt einer Information entscheidend, sondern das Vertrauen in die Informationsquelle. Wissenschaft, Institutionen, traditionelle Medien, Parteien und politische Systeme haben dieses Vertrauen vielfach verloren, das ist weltweit zu beobachten. Das wachsende Misstrauen macht die Menschen empfänglich für Informationen aus anderen Quellen, deren Glaubwürdigkeit sich für sie allein schon aus der Abweichung von den herkömmlichen Informationsquellen ergibt. Verstärkt wird dies durch Algorithmen und Bots, die dazu beitragen, dass diese alternativen Erklärungen immer wieder auftauchen, und sie damit scheinbar bestätigen. Das alles geschieht nicht zufällig, sondern ist häufig Teil einer gut geplanten Desinformationsstrategie, die auf Polarisierung abzielt. Das Angebot von klaren, einfachen Botschaften und das Versprechen, dass alles so bleiben kann wie bisher, nehmen viele Menschen nur zu gerne an und teilen diese Informationen weiter. Vertrauensverlust wird damit zur Ursache und zur Folge von Desinformation und führt letztlich zur Destabilisierung von demokratischen Systemen.

In Lateinamerika haben Politiker wie Bolsonaro in Brasilien oder Bukele in El Salvador die Präsidentschaftswahlen nicht zuletzt durch ihre Abgrenzung vom politischen Establishment gewonnen, ungeachtet dessen, dass auch sie schon lange zu diesem von ihnen so diskreditierten Politikbetrieb gehören. Einmal im Amt, kämpfen sie mit allen Mitteln darum, ihr Anti-Establishment-Image auf-

rechtzuerhalten. Dazu gehören auch gezielte Desinformationskampagnen. Mit Verschwörungserzählungen, Fake News, Propaganda, Hasskampagnen oder auch Zensur schaffen sie Feindbilder und schweißen durch Abgrenzung und Ausgrenzung «der anderen» die eigene Basis zusammen. Sie polarisieren und spalten die Gesellschaft, erschüttern das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und sichern sich so ihre Macht.

Aber nicht nur die Politik weiß sich solcher Desinformationsstrategien zu bedienen. Auch andere Interessengruppen, z.B. aus dem fundamentalistischen religiösen Spektrum, Klimaleugner/innen und Menschen mit sexistischen, homophoben und rassistischen Ansichten, nutzen diese Mechanismen. Auch Schweigen kann ein Mittel der Desinformation sein, trägt es doch zur gesellschaftlichen Normalisierung von Unrecht bei, wie z.B. beim Thema Gewalt gegen Frauen.

Unsere lateinamerikanischen Autorinnen – diesmal ausschließlich Frauen – analysieren in der sechsten Ausgabe von *Perspectivas*, wie solche Mechanismen in Lateinamerika funktionieren und zeigen Gegenmaßnahmen auf. Aus verschiedenen Blickwinkeln berichten sie über Desinformation, fehlende Transparenz, bewusst vorenthaltene Information und Wissenschaftsleugnung.

Beatriz Busaniche wirft in ihrem Beitrag einen Blick auf gezielte Desinformationskampagnen, die zum Wiedererstarken der Rechtsparteien in Lateinamerika geführt haben. Ihr Erfolg ist das Ergebnis einer Synergie zwischen diesen Kampagnen und bereits zuvor in der Gesellschaft vorhandenen konservativen Tendenzen. Unterlegt mit Beispielen aus mehreren Ländern zeigt Busaniche, wie mit eigens dafür entwickelten Kommunikationsinstrumenten Einfluss auf die Ängste, Unsicherheiten und Werte der Menschen genommen und so neue rechte Narrative geschaffen und Einstellungen und Verhalten beeinflusst werden.

Auch in der Migrationsdebatte gehören Desinformation, Hetze, rassistische und diskriminierende Äußerungen zum Instrumentarium der Polarisierung, wie Martha A. Tudón Maldonado anhand einer Fallstudie an

der mexikanischen Südgrenze aufzeigt. Meist lassen sich die Urheber und Motive dieser vorwiegend in sozialen Netzwerken verbreiteten Desinformationen nicht genau feststellen, Tudón verweist aber auf eine Mitverantwortung staatlicher Behörden an ihren Folgen, die von Diskriminierung bis hin zu offener Gewalt reichen. Sie wertet das Stillschweigen und die dürftigen Erklärungen der Behörden als Teil einer Strategie, um Entscheidungen, wie z.B. die Verschärfung der Migrationskontrolle, Rückendeckung zu geben. Deshalb fordert die Autorin vom Staat, entschiedener gegen Diskriminierung, Gewalt und Hass vorzugehen.

Tatiana Roque thematisiert den Vertrauensverlust in die Institutionen und die Wissenschaft in Brasilien. Insbesondere der Aufstieg der extremen Rechten sorgt für die Verharmlosung und Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, was in Zeiten der Pandemie und des drohenden Klimakollaps gravierende Folgen hat. Die Regierung diskreditiert beispielsweise NGOs und ihre Forderungen nach Umweltschutz mit der Behauptung, NGOs seien von ausländischen Interessen getrieben und verletzten nationale Interessen. Menschen werden so mit falschen Informationen getäuscht und dazu angestiftet, Institutionen wie die nationale Umweltbehörde zu delegitimieren. Um Wissenschaftsleugnung unschädlich zu machen, plädiert Roque dafür, verstärkt den Dialog mit den Menschen zu suchen, die bislang von der öffentlichen Debatte nicht erreicht werden, und so in einen breiten gesellschaftlichen Austausch zu kommen.

Über die Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen in den Medien berichtet Laura Aguirre aus El Salvador. Dort wird über geschlechtsspezifische Gewalt kaum oder ungenau und ohne Kenntnis der Geschlechterperspektive berichtet. Wenn das Thema Gewalt gegen Frauen beiseitegeschoben und vertuscht wird, erzeugt dies Desinformation, kritisiert sie. Dadurch, dass ein gesamtgesellschaftliches Phänomen verdrängt bzw. verschwiegen und als «irrelevant» dargestellt wird, verfestigen sich zum einen die auf Ungleichheit gestützten Geschlechterrollen und zum anderen wird Gewalt gegen Frauen legitimiert. Die Autorin beschreibt aber auch, wie zahlreiche neue feministische digitale Medien in El Salvador mutig dafür kämpfen, das Schweigen zu geschlechtsspezifischer Gewalt zu brechen und einen sozialen Wandel herbeizuführen.

Im Interview mit Daniela Mendoza geht es um die mexikanische Faktencheck-Initiative Verificado, die sich auf die Überprüfung von Informationen im öffentlichen Diskurs

spezialisiert hat. Angesichts der Zunahme der Desinformation im Land, wie auch weltweit, fordert Mendoza unter anderem, die Medienkompetenz der Bevölkerung zu stärken. Sie hofft, dass sich die Corona-Pandemie als Schlüsselereignis erweist, um ein kritischeres Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern hervorzubringen.

Diana Salinas schildert in ihrem Beitrag, wie Desinformation 2016 zum ersten Mal als entscheidender Faktor in der politischen Auseinandersetzung eingesetzt wurde und dem «Nein» bei der Volksabstimmung zum Friedensabkommen in Kolumbien zum Sieg verholfen hat. Sie kritisiert, dass soziale Netzwerke seither in großem Ausmaß Meinungsmache betreiben und die Bevölkerung in ihren Wahlentscheidungen massiv durch Desinformation beeinflussen. Demgegenüber stehen mehrere unabhängige Medien, die sich mit der Überprüfung der Diskurse von Politiker/innen und einflussreichen Persönlichkeiten befassen. Allerdings hat die Suche nach der Wahrheit einen heftigen Kampf um die Pressefreiheit entfacht, auf die die Regierung von Iván Duque mit unterschwelliger Zensur reagiert.

Mit der fehlenden Transparenz und der unsichtbaren Überwachung beschäftigen sich Jamila Venturini und Joyce Souza in ihrem Artikel zu Covid-19 in Brasilien. Sie kritisieren, dass die zur Bekämpfung des Coronavirus eingesetzten Technologien von der Nutzung persönlicher Daten abhängen, ohne Transparenz darüber, wie, wann und zu welchen Bedingungen diese eingesetzt werden. Die Autorinnen fordern einen Kommunikationsausschuss, der die Bevölkerung auf Grundlage von wissenschaftlichen Fakten über die Schwere der Pandemie informiert. Der Ausschuss und die mit Überwachung und Kontrolle beauftragten Unternehmen müssen auf die gesetzlichen Regelungen verpflichtet werden, die es zum Zugang zu Informationen und Transparenz und zum Umgang mit den Daten nach der Pandemie gibt.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Berlin, im November 2020

### **Ingrid Spiller**

Referatsleiterin Lateinamerika der  
Heinrich-Böll-Stiftung

### **Evelyn Hartig**

Referentin Lateinamerika der  
Heinrich-Böll-Stiftung



# Überzeugt von der eigenen Wahrheit – Postfaktizität in Lateinamerika

Beatriz Busaniche

Als Jair Bolsonaro 2019 in Brasilien die Präsidentschaftswahl gewann, waren die fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika fassungslos. Doch diese Wahl war kein Einzelfall: Die Wahlsiege von Mauricio Macri 2015 in Argentinien, von Alejandro Lacalle Pou in Uruguay, von Lenín Moreno in Ecuador und Sebastián Piñera in Chile sowie auch der Putsch in Bolivien sind Entwicklungen, die nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Die politischen Verhältnisse im Vorfeld dieser Wahlsiege können zwar nicht unbedingt über einen Kamm geschoren werden, doch ist das Wiedererstarken der Rechtsparteien, denen die genannten Politiker nahestehen und denen sie ihren Wahlerfolg verdanken, das Ergebnis einer Synergie zwischen bereits zuvor in der Gesellschaft vorhandenen konservativen Tendenzen und gezielten Desinformationskampagnen. Dieses Zusammenwirken hat die Konstruktion des Postfaktischen verstärkt. Sein Erfolg gründet sich auf die Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch soziale Netzwerke, Akteure aus dem Spektrum der neuen evangelikalen Kirchen und Bewegungen mit einer offen wissenschaftsfeindlichen Haltung.

## Postfaktizität und Desinformation: Was sollen wir glauben?

Postfaktizität ist nicht die Negation der Wirklichkeit, sondern die Überzeugung, dass die eigene Position als einzig wahre über jeglichen Beweis des Gegenteils erhaben ist. Das Postfaktische wird nicht durch ein punktuelles Ereignis oder eine Falschmeldung erzeugt, sondern durch einen langwierigen Prozess der Sinnkonstruktion. Deshalb sprechen wir

weniger von *Falschmeldungen* als vielmehr von *Desinformationsprozessen*, die den Nährboden für die Konstruktion des Postfaktischen bilden. Solche Prozesse stützen sich auf ein *motiviertes Denken* (*motivated reasoning*), bei dem unsere Überzeugungen nicht durch Evidenz verändert werden, sondern das, was wir glauben, für unsere Auswahl von Evidenzen ausschlaggebend ist.

Wie ein solcher Desinformationsprozess abläuft, zeigt sich beispielhaft in der Konstruktion von Vorstellungswelten zu Themen wie den Frauenrechten oder der ganzheitlichen Sexualerziehung. Jair Bolsonaro hat einen Großteil seines Wahlkampfes mit einem homophoben, antifeministischen Diskurs bestritten, gespickt mit Schuldzuweisungen an Andersdenkende, die Familie zerstören zu wollen. Er versuchte damit, eine Wählerschaft für sich zu gewinnen, die schon vorher ein traditionalistisches Weltbild hatte. Dieses Gedankengut wird schon seit Langem von ultrakonservativen religiösen Strömungen vermittelt, die sich in Brasilien massiv ausgebreitet haben. Ihre territoriale Verankerung, die Vereinnahmung der Medien sowie der intensive Einsatz sozialer Netzwerke und Dienste wie WhatsApp haben dazu beigetragen, den Einfluss Bolsonaros zu zementieren.

Guadalupe Nogués erläutert eingehend das Phänomen der Konstruktion des Postfaktischen anhand von drei Schlüsselbeispielen: den Verschwörungstheorien, verschiedenen Formen des Negationismus und dem postmodernen Relativismus.<sup>1</sup>

Die Verschwörungstheorien stützen sich auf die Vorstellung, dass es Machtgruppen gibt, die zum eigenen Vorteil Wahrheiten verschleiern bzw. sich mit Unwahrheiten durchsetzen. So wurde beispielsweise in Argentinien die Debatte über Frauenrechte und den legalen Schwangerschaftsabbruch mit einer Flut

**Beatriz Busaniche**, Argentinien, hat einen Abschluss in Sozialkommunikationswissenschaften der Nationalen Universität von Rosario, Argentinien, und einen Master im Studienfach «Geistiges Eigentum». Sie ist derzeit Doktorandin der Sozialwissenschaften an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO) und Dozentin an der Universität Buenos Aires, der FLACSO und der Nationalen Universität von Quilmes in Argentinien. Seit 2003 ist sie Mitglied der Fundación Vía Libre, einer gemeinnützigen Bürgerorganisation, die an der Schnittstelle zwischen Grundrechten und Informations- und Kommunikationstechnologien arbeitet.

von Hoaxes<sup>2</sup> überschüttet, die über WhatsApp, YouTube und auch im Fernsehen verbreitet wurden. Das Spektrum reichte von haltlosen Spekulationen zu den Finanzierungsquellen der feministischen Organisationen über den unterstellten Einfluss internationaler Labors und sonstige undurchsichtige Geschäfte<sup>3</sup> bis hin zur großen Verschwörung, die nur das Ziel habe, die Familie als Institution zu zerstören, und all dies gesteuert von Feministinnen und LGBTI. Nicht grundlos richten die militanten Vertreter der ultrakonservativen Rechten ihre Angriffe direkt gegen diese Gruppen.

Der Negationismus ist ein weiteres Beispiel für Postfaktizität. Seine Ausprägungsformen reichen von der Leugnung historischer Fakten wie z.B. des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen in der Zeit der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) über die von einem Teil der Rechten hartnäckig kleingeredete Zahl verschwundener Häftlinge bis hin zur Negation gesundheits- und umweltpolitischer Probleme wie der Klimakrise und HIV/AIDS<sup>4</sup>. Jair Bolsonaros Interpretation der vom Coronavirus verursachten Krankheit als «kleine Grippe» ist ein aussagekräftiger Beweis dafür, dass Negationismus zu humanitären Katastrophen ungeheuren Ausmaßes führen kann.<sup>5</sup>

Der dritte Mechanismus bezieht sich auf den postmodernen Relativismus und stützt sich im Wesentlichen auf die Vorstellung, dass die Wirklichkeit ein gesellschaftliches Konstrukt ist und sich jeder Mensch die Wahrheit entsprechend seinen Standpunkten, Wahrnehmungen und Gefühlen zurechtlegt.<sup>6</sup> Dieser Diskurs passt perfekt in die individualistische New-Age-Philosophie als Basis für die kulturelle Vorstellungswelt des Macrismus in Argentinien. Nach dieser Denkart bilden Unternehmertum, Begeisterung und individuelle Anstrengung die Erfolgsgrundlage in einer kapitalistischen, leistungsorientierten Gesellschaft, in der der Staat dank der allmählichen Abschaffung des kritischen Denkens jegliche kollektive und soziale Verantwortung von sich weisen kann.<sup>7</sup>

## Lateinamerikanische Politik in postfaktischen Zeiten

Die Rechtsparteien in Lateinamerika haben die heutigen Zeiten sehr genau studiert. Dank der Beratung durch internationale Kommunikationsfachleute<sup>8</sup> haben sie begriffen, dass der Appell an die bereits existierenden konservativen Tendenzen in der Gesellschaft ein wahlpolitischer Trumpf ist. In den Desinformationskampagnen sind die sozialen Medien die

treibenden Kräfte für den kulturellen Wandel, der für den Erfolg der Rechtsparteien notwendig ist. Die von ihnen aufgebauten Netzwerke führen in die Nähe identitärer Gruppierungen, und sie setzen die Aussagen von Sachkundigen und Wissenschaftler/innen mit denen von *Influencern* und bekannten Persönlichkeiten gleich, die sich aus konservativen Positionen heraus an die Spitze von Bewegungen setzen und sich damit profilieren.<sup>9</sup>

Die Wirksamkeit der sozialen Medien liegt vor allem in ihren spezifischen Möglichkeiten: Die über solche Netzwerke transportierten Informationen stammen größtenteils aus Bezugsgruppen, zu denen die Menschen Vertrauen haben. Die ständige Zurschaustellung des individuellen Privatlebens fördert soziale und identitäre Segmentierung. Diese Segmentierung haben sich politische Bewegungen ausgesprochen erfolgreich zunutze gemacht, um anhand von Themen aus dem persönlichen Umfeld der Nutzer/innen die entsprechenden Kommunikationsinstrumente zu entwickeln und damit Einfluss auf deren Ängste, Unsicherheiten und Werte zu nehmen.

Besorgniserregend ist, dass die Mechanismen, die an Gefühle wie Menschenscheu, Zorn oder Verunsicherung appellieren, dazu genutzt werden, die Polarisierung auf die Spitze zu treiben. Die führenden Köpfe der populistischen Strömungen gewinnen so die fanatischsten Anhänger. Ein Teil der Bevölkerung entscheidet sich dafür, solchen Leitfiguren seine Stimme zu geben, und tut dies gerade wegen der wissenschaftsfeindlichen, negationistischen bzw. verschwörungstheoretischen Positionen, die diese vertreten. Die populistischen Leitfiguren fördern die irriige Vorstellung, dass praktisch jeder das Heft in die Hand nehmen kann. Daraus entsteht auch ihr beständiger Drang, sich als einflussreiche Individuen zu präsentieren (Bolsonaro und Trump sind dafür gute Beispiele) und den Anspruch kollektiver Politikanliegen zu umgehen.

Der argentinische Soziologe Saúl Feldman<sup>10</sup> hat in seiner Analyse des Aufstiegs des Macrismus in Argentinien (2015-2019) den sorgfältig konstruierten kulturellen Wandel gründlich erforscht, durch den Macri an die Macht kam. Um die erfolgreiche Kommunikation der rechtspopulistischen Strömungen zu verstehen, untersucht Feldman den Begriff des *common sense* und dessen Merkmale. Nach seiner Analyse stützen sich solche Gruppen bei der Entwicklung ihrer Kommunikationsstrategien auf gesellschaftlich weit verbreitete Vorstellungen. Diese müssen schlicht sein, eine transparente Kausalität vermitteln und klare Verantwortlichkeiten zuschreiben. Ein

Beispiel hierfür ist die Behauptung «arme Menschen sind arbeitsscheu».<sup>11</sup> Ein solches Gedankengut soll völlig unreflektiert übernommen werden können. Debatten mit dem Argument, es handele sich dabei um Allgemeinplätze wie «Jungs tragen hellblau und Mädchen rosa», sollen gar nicht erst aufkommen.<sup>12</sup> Ebenso geht es dabei um Konzepte, mit denen mehrere Generationen angesprochen und einleuchtende Erklärungen für durchgreifende Maßnahmen geliefert werden sollen: «Die Wirtschaft eines Landes ist wie ein Familienhaushalt: Man kann nicht mehr ausgeben als man erwirtschaftet.»<sup>13</sup>

Ist das Grundgerüst der durch *common sense* entwickelten allgemeinen Überzeugungen erst einmal etabliert, beginnt darauf aufbauend die politische Arbeit. Dabei bildet der hierzu notwendige kulturelle Wandel den Untergrund für einen politischen Wandel: Der *common sense* ist in der Regel konservativ geprägt; das Einwirken auf sein Gerüst aus Überzeugungen ist deshalb ein effektives Instrument, um dem fortschrittlichen Denken entgegenzutreten, das für die Integration von Minderheiten und die Erweiterung ihrer Rechte wirbt. In Lateinamerika fokussierte sich dieses konservative Gedankengut insbesondere auf den Kampf gegen die Amtsführung derjenigen, die erfolgreiche Politikkonzepte umsetzten, um Tausende von Menschen aus der Armut zu holen, wie Lula da Silva in Brasilien und Evo Morales in Bolivien.

Wie Feldman formuliert, ließe sich die Politik des Postfaktischen auch treffend als «Politik des Zynismus» bezeichnen, für die so manche Spitzenvertreter/innen der Rechten große Sympathie hegen. Setzt sich diese Politik durch, so wird damit zunächst die Ehrlichkeitsvereinbarung zwischen den Politikbereichen und der Bürgerschaft gebrochen. So zeichnete sich der von Mauricio Macri geführte Wahlkampf 2015 beispielsweise dadurch aus, dass Macri eine ganze Reihe von Versprechungen machte, die keineswegs seinen Planungen entsprachen und die er auch niemals einhielt.<sup>14</sup> Mit der Politik des Zynismus wird ein Raum der Sinnpervertierung geschaffen und all das ausgebeutet, was zum eigenen Vorteil gereichen kann, ohne dabei irgendeine Verantwortung zu übernehmen oder die Folgen zu bedenken.

Ein weiteres Merkmal des zynischen Diskurses ist die Strafflosigkeit, gestützt auf die vermeintliche Überlegenheit der Person, die diesen Diskurs vertritt (erfolgreiche Unternehmer wie Macri, Trump oder Piñera sind Beispiele dafür). Der Vertreter des zynischen Diskurses weiß, dass er auf die Zustimmung derer zählen kann, die ihn legitimieren, ob es

sich nun um wirtschaftliche, rechtliche, religiöse, mediale oder politische Machtgruppen oder auch um eine solide Basis an Gefolgsleuten handelt. Die politische Leitfigur kann sich über Evidenzen hinwegsetzen, jede Tatsache verdrehen und die barbarischsten Erklärungen abgeben.<sup>15</sup>

---

Der *common sense* ist in der Regel konservativ geprägt; das Einwirken auf sein Gerüst aus Überzeugungen ist deshalb ein effektives Instrument, um dem fortschrittlichen Denken entgegenzutreten, das für die Integration von Minderheiten und die Erweiterung ihrer Rechte wirbt.

---

Jede einzelne dieser Aktionen und das ihnen zugrundeliegende Gedankengut werden flankierend in sozialen Netzwerken, WhatsApp-Gruppen und Medien multipliziert, um so die kollektive Vorstellung zu schaffen, dass «es genau dies ist, was die Leute denken». Damit werden immer extremere Ideen und Äußerungen legitimiert.

## Postfaktizität und Zukunft

Der kulturelle Wandel, den die auf das Postfaktische gestützte Machtkonstruktion bewirkt, ist Teil einer dynamischen, paradoxen Situation: In dem Maße, wie sich die sozialen Medien entwickeln und uns einander annähern, konfrontieren sie uns zunehmend mit der Entstehung geschlossener Kommunikationsräume und *Bubbles*, die zu spezifischen Sinngebungen beitragen. Die Politik baut demnach auf dieser Möglichkeit auf, Fakten zu verschleiern und Parallelwirklichkeiten zu schaffen, die sich auf konservativ geprägte ideologische und kulturelle Systeme stützen.

Der Macrismus in Argentinien ist dafür ein Paradebeispiel. Er fokussierte seine Kommunikationsstrategie auf die Stärkung der konservativsten Elemente des *common sense*, um damit nicht nur ein im Hinblick auf die Verteilung des Reichtums rückschrittliches Wirtschaftsmodell als naturgegeben zu etablieren, sondern die Gesellschaft gezielt dazu zu bringen, dieses Modell als alternativlos zu akzeptieren. Parallel dazu wurde ein kulturelles Bezugssystem verankert, mit dem die Grundprinzipien des Vertrauens in die Institutionen zerschlagen und soziale Projekte zunichtegemacht wurden. Gleichzeitig wurde so ein Paradigma geschaffen, das Elend und Armut einzig und allein der individuellen Verantwortung zuschreibt.<sup>16</sup>

Wie Feldman ausführt, haben die Rechtsparteien nach dieser Logik ein neues, auf exzessiven Individualismus gestütztes Weltbild geschaffen, in dem Vorurteile, Ängste und Hass ihren Nährboden finden und als Input dienen, um auf Stimmenfang zu gehen und weite Teile des gesellschaftlichen Gefüges zu disziplinieren.

Der Aufbau einer Zukunft, die derartige Tendenzen überwindet, ist ohne Zweifel die größte Herausforderung, vor der die fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika heute stehen. ■■■

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

- <sup>1</sup> Nogués, Guadalupe (2018): «Pensar con otros. Una guía de supervivencia en tiempos de posverdad» («Denken mit Anderen. Ein Leitfaden zum Überleben in postfaktischen Zeiten»), El Gato y La Caja, Buenos Aires.
- <sup>2</sup> Anm. d. Red.: Unter Hoaxes sind Falschmeldungen zu verstehen, die mit einer spezifischen Zielsetzung im Internet verbreitet werden.
- <sup>3</sup> Immer, wenn in diesem Bereich von Finanzierungsquellen die Rede ist, tauchen Personen wie der Finanzmagnat George Soros und Theorien über eine neue Weltordnung auf. In den Verschwörungstheorien zum COVID-19-Virus wurden mehrfach die Interessen großer Labors erwähnt. Über «undurchsichtige Geschäfte» zirkulierten etliche Hoaxes, in denen sogar behauptet wurde, die bei Abtreibungen anfallenden Gewebereste würden zur Herstellung von Kosmetikprodukten verwendet, und ebenso eine Unzahl weiterer Falschmeldungen, die mit Horrorbildern gespickt waren. Vgl. López, Eulogio: «Objetivos del nuevo orden mundial: gobierno global, religión global, tiranía global» («Ziele der neuen Weltordnung: Weltregierung, Weltreligion, Welttyrannie»), in: Hispanidad, 8. Februar 2020. Verfügbar unter: [https://www.hispanidad.com/confidencial/objetivos-orden-mundial-gobierno-religion-tiranía-global\\_12016095\\_102.html](https://www.hispanidad.com/confidencial/objetivos-orden-mundial-gobierno-religion-tiranía-global_12016095_102.html) (Abfrage vom 19. Juni 2020).
- <sup>4</sup> Selbst Institutionen wie die Großmütter der Plaza de Mayo, die wegen ihrer Nachforschungen zu den in Geheimgefängnissen der argentinischen Diktatur geborenen Kindern internationales Renommee genießen, wurden infragegestellt. Vgl. Rivas, Federico: «Mauricio Macri reactiva la polémica por el número de desaparecidos en Argentina» («Mauricio Macri lässt die Kontroverse um die Zahl der Verschwundenen in Argentinien wiederaufleben»), in: El País, 11. August 2016. Verfügbar unter: [https://elpais.com/internacional/2016/08/11/argentina/1470936255\\_170858.html](https://elpais.com/internacional/2016/08/11/argentina/1470936255_170858.html)
- <sup>5</sup> Siehe den Bericht der Nachrichtenagentur EFE vom März 2020. <https://www.youtube.com/watch?v=oYcPp1ZFETA> (Abfrage vom 19. Juni 2020).
- <sup>6</sup> Diese auf das individuelle Wohl gestützte Lebensphilosophie und die Zurückweisung staatlicher Verantwortung nähren sich aus der New-Age-Philosophie, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Einfluss gewann. Sie postuliert ein neues Zeitalter des Friedens, des Wohlstands und der weltweiten Harmonie, und sie huldigt einer Kultur, die sich auf die eigene individuelle Erfahrung und philosophischen Relativismus stützt. Viele der zeitgenössischen wissenschaftsfeindlichen und individualistischen Strömungen sind diesem Gedankengut verhaftet, das die Gesellschaft zunehmend durchdringt und mit seiner Aufwertung des Wohlstands, eines gesunden Lebens und seiner Naturverbundenheit als vermeintlich «harmlos» wahrgenommen wird.
- <sup>7</sup> Der Philosoph Alejandro Rozitchner war einer der wichtigsten Berater von Mauricio Macri während dessen Amtszeit. In diesem Video begründet er

zusammenfassend, warum nach seinen Vorstellungen kritisches Denken aus den Bildungseinrichtungen verbannt werden sollte: <https://www.youtube.com/watch?v=fb21q4SbHZQ> (Abfrage vom 19. Juni 2020).

- <sup>8</sup> Noch nicht endgültig bestätigte Aussagen deuten auf eine Verbindung von Cambridge Analytica zu einer Kampagne hin, die von der Partei des argentinischen Staatspräsidenten Mauricio Macri betrieben wurde und auf die Demontage seiner Amtsvorgängerin Cristina Fernández de Kirchner abzielte. Vgl. Alconada, Hugo: «Cambridge Analytica hizo trabajos para el Pro antes de la campaña de 2015» («Cambridge Analytica war vor dem Wahlkampf 2015 für die PRO-Partei tätig»), in: La Nación, 20. September 2019. Verfügbar unter: <https://www.lanacion.com.ar/politica/cambridge-analytica-hizo-trabajos-pro-antes-campana-nid2289827> (Abfrage vom 19. Juni 2020)
- <sup>9</sup> In Argentinien machten Persönlichkeiten wie das frühere Model Amalia Granata mit ihren Stellungnahmen gegen das Frauenrecht auf reproduktive Gesundheit Furore. Sie wurden so zu Protagonist/innen konservativer Interessen. Granata belegte den Spitzenplatz auf der Abgeordnetenliste in der Provinz Santa Fe und gewann im dortigen Parlament mehrere Sitze für sich und weitere Mitglieder ihrer Koalition, die ihre soziale Basis in den evangelikalen Kirchen hat. Vgl. [https://www.clarin.com/politica/amalia-granata-electa-diputada-provincial-santa-fe\\_0\\_JJFz5UCJ\\_.html](https://www.clarin.com/politica/amalia-granata-electa-diputada-provincial-santa-fe_0_JJFz5UCJ_.html) (Abfrage vom 19. Juni 2020).
- <sup>10</sup> Feldman, Saúl (2019): «La conquista del sentido común. Cómo planificó el macrismo el 'cambio cultural'» («Die Eroberung des common sense. Wie der Macrismus den ‚kulturellen Wandel‘ plante»), Continente, Buenos Aires.
- <sup>11</sup> Trombetta, Martín: «El mito de los pobres vagos» («Der Mythos von den arbeitsscheuen Armen»), in: Los pasos de Aquiles. Verfügbar unter: <https://lospasosdeaquiles.ungs.edu.ar/el-mito-de-los-pobres-vagos/> (Abfrage vom 11. April 2020).
- <sup>12</sup> Damares Alves, Ministerin für Familie und Menschenrechte in Brasilien, bläst offen zum Angriff gegen die Rechte der LGBTI und die von ihr so bezeichnete «Geschlechterideologie». Vgl. «Fiel defensora del patriarcado» («Getreue Verfechterin des Patriarchats»), in: Página 12, 19. April 2019. Verfügbar unter: <https://www.pagina12.com.ar/188305-fiel-defensora-del-patriarcado> (Abfrage vom 10. April 2020).
- <sup>13</sup> Scaletta, Claudio: «La pregunta de Virginia Gallardo a Kicillof y su uso mediático» («Die Frage von Virginia Gallardo an Kicillof und ihre mediale Ausschachtung»), in: Página 12, 21. Juli 2019. Verfügbar unter: <https://www.pagina12.com.ar/188305-fiel-defensora-del-patriarcado> (Abfrage vom 10. April 2020).
- <sup>14</sup> Zu diesen nicht eingehaltenen Versprechen gehören u.a. die Abschaffung der Lohnsteuer, die Eindämmung der Inflation und die Verhinderung der Währungsabwertung. Zwar trug die wirtschaftliche Konjunktorentwicklung möglicherweise dazu bei, dass einige dieser Zusagen nicht umgesetzt werden konnten, doch hatte die Regierung dies im Grunde auch nie vor. Vgl. «Promesas de Macri chequeadas» («Versprechen Macris auf dem Prüfstand»), in: Chequeado. Verfügbar unter: <https://chequeado.com/promesas/> (Abfrage vom 10. April 2020).
- <sup>15</sup> Zum Beispiel: «Der Fehler der Diktatur lag darin, zu foltern und nicht zu töten». Weitere barbarische, menschenverachtende Äußerungen Bolsonaro finden sich in: «El top 20 de las frases más polémicas de Jair Bolsonaro» («Die Top 20 unter den polemischsten Sätzen Jair Bolsonaros»), in: Perfil, Internacional, 28. Oktober 2018. Verfügbar unter: <https://www.perfil.com/noticias/internacional/frases-mas-polemicas-de-jair-bolsonaro.phtml> (Abfrage vom 9. Juni 2020).
- <sup>16</sup> Scheingart, Daniel: «No somos un país de mierda. Datos contra el sentido común.» («Wir sind kein Scheißland. Informationen gegen den common sense»), in: Revista Anfibia. Verfügbar unter: <http://revistaanfibia.com/ensayo/no-somos-pais-de-mierda/> (Abfrage vom 9. Juni 2020).

# Hass, Diskriminierung und Desinformation in der mexikanischen Migrationsdebatte

Martha A. Tudón Maldonado

Tapachula im mexikanischen Bundesstaat Chiapas liegt an der Grenze zu Guatemala. Die Migrationsdynamik in der Region ist hoch, viele Menschen kommen hier an, um über Mexiko in die USA zu gelangen. Als zahlreiche «Migrationskarawanen» nach und nach das Land erreichten, entschieden sich die mexikanischen Behörden – auch auf massiven Druck der US-Regierung – im Juni 2019 für eine Eindämmungs- und Abschreckungspolitik und reagierten mit dem «Plan für Migration und Entwicklung».<sup>1</sup> Dieser beinhaltet verschiedene Sicherheitsmaßnahmen, darunter die Militarisierung der mexikanischen Südgrenze, die Ernennung von Angehörigen der Streitkräfte zu Beauftragten der mexikanischen Migrationsbehörde INM (Instituto Nacional de Migración) sowie die Verstärkung von Straßensperren, Razzien und Kontrollen.<sup>2</sup> Allein von Juni bis November 2019 wurden daraufhin insgesamt 278.995 Migrantinnen und Migranten verhaftet.<sup>3</sup> Viele von ihnen sitzen jetzt in Tapachula fest.<sup>4</sup>

Dass Migrantinnen und Migranten nun in Mexiko zurückgehalten und an ihrer Weiterreise in die USA gehindert werden, bis ihr Migrationsstatus geklärt ist, polarisiert zunehmend die mexikanische Gesellschaft. Im Rahmen unserer Arbeit bei der Menschenrechtsorganisation ARTICLE 19 konnten wir beobachten, wie etliche Akteure in Tapachula, die sich nicht genau einordnen lassen, vermehrt Desinformation<sup>5</sup>, Hetze<sup>6</sup>, diskriminierende Botschaften<sup>7</sup> und Hassrede<sup>8</sup> über soziale Netzwerke verbreiten.

Die Beweggründe dafür sind vielfältig. Es kann, um nur einige zu nennen, darum gehen, die jeweilige private Meinung zu verbreiten, Unterstützung für bestimmte Ideologien oder politische Konzepte zu gewinnen, die öffentliche Meinung auf die ein oder andere Weise

zu beeinflussen oder auch einfach nur darum, die Gesellschaft zu provozieren. Die jeweiligen Motive sind zwar nur schwer feststellbar, doch wissen wir, dass einige der Äußerungen die Bevölkerung in die Irre führen oder gar Gewalt und Diskriminierung gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft schüren können,<sup>9</sup> zum Beispiel gegen Migrantinnen und Migranten.

## Fallstudie: Die mexikanische Südgrenze

Bei Narrativen über Migrantinnen und Migranten und auch über Migration als solche treten in Tapachula viele Vorurteile und Klischees zutage. So haben die dortigen Medien laut Aussage eines Journalisten aus Chiapas<sup>10</sup> beispielsweise eine stigmatisierende rassistische Behauptung aufgegriffen, wonach die meisten Menschen aus Afrika HIV-positiv und noch dazu «sexsüchtig» seien. Außerdem sagten die örtlichen Behörden, sie müssten «Ansteckungen» mit Geschlechtskrankheiten durch Migrantinnen und Migranten verhindern, wodurch sich die Kosten für die Gesundheitsversorgung erhöhen würden. Zudem machten sie die Migrantinnen und Migranten für eventuelle Lücken bzw. Engpässe in der Gesundheitsversorgung der mexikanischen Bevölkerung verantwortlich. Dadurch wird die Vorstellung genährt, dass die staatlichen Mittel in Mexiko nicht nur knapp seien, sondern größtenteils zur Versorgung der Ausländerinnen und Ausländer verwendet würden.

Dieses Narrativ ist nicht nur in den traditionellen Medien präsent, sondern wird auch über soziale Netzwerke geteilt, vor allem über WhatsApp und Facebook<sup>11</sup>, und verstärkt so die Stigmatisierung, die Ablehnung und die Ressentiments gegen Afrikanerinnen und

**Martha A. Tudón Maldonado**, Mexiko, ist Menschenrechtsverteidigerin, Expertin für partizipative öffentliche Politik und für das Thema Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit. Derzeit arbeitet sie als Koordinatorin für digitale Rechte bei ARTIKEL 19 im Büro für Mexiko und Mittelamerika, wo sie Forschungs- und Advocacy-Prozesse zur Verteidigung der Meinungsfreiheit und zum Recht auf Information und Informationsfreiheit im digitalen Umfeld entwickelt.

**ARTICLE 19** ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für freie Meinungsäußerung und das Recht auf Information einsetzt. Mehr dazu unter: <https://articulo19.org/> und <https://www.article19.org/regional-office/mexico-and-central-america/>

Afrikaner. Dies wiederum hat die einheimische Bevölkerung von Tapachula und sogar Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern dazu bewogen, sich aus Angst vor «Ansteckung» von den afrikanischen Migrantinnen und Migranten fernzuhalten.

In den Äußerungen über die Zuwanderung aus Afrika und den in Tapachula kursierenden Erzählungen über weitere Bevölkerungsgruppen anderer Herkunft – darunter auch die seit langem verbreitete diffamierende Unterstellung, Migrantinnen und Migranten aus Mittelamerika seien «Kriminelle» – lässt sich feststellen, dass Desinformation, Hetze und diskriminierende Äußerungen beim Thema Migration durchaus gängig sind. Außerdem hat es Fälle von Hate Speech<sup>12</sup> gegeben, wenngleich nur vereinzelt und eher selten.

Insbesondere Frauen werden geschlechtsspezifische Rollenbilder zugeschrieben, und sie werden nach ihrer sexuellen Ausstrahlung und ihrem Äußeren beurteilt. Nach Aussagen einer Journalistin zirkulieren selbst in den WhatsApp-Chats ihrer männlichen Kollegen aufreizende Memes<sup>13</sup> und Fotos von Honduranerinnen, gezielt aufgenommen von den

---

Insofern stellt sich die Frage, ob das Stillschweigen, die Widersprüche und die Erklärungen der Behörden nicht vielleicht sogar Teil einer Strategie sind, um Desinformation zu verbreiten und so in gewisser Weise Rückendeckung für bestimmte regierungspolitische Entscheidungen wie die Verschärfung und Militarisierung der Migrationskontrolle zu bekommen.

---

Reportern während ihrer Recherchearbeit zum Thema. Eine andere Journalistin hat berichtet, dass all die Gerüchte über honduranische Frauen letztendlich dazu geführt hätten, deren Diskriminierung in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz zu rechtfertigen. «Die Honduranerinnen nehmen uns die Männer weg», so heißt es seit Jahren. Solche Narrative führen dazu, dass mexikanische Frauen honduranische Frauen in der Gesellschaft ablehnen und auch keine Honduranerinnen als Haushaltshilfen einstellen wollen, aus Angst, ihre Ehe zu gefährden.

Vor dem Hintergrund solcher Diskurse scheint die mexikanische Migrationsbehörde mit ihrem Stillschweigen eher noch mehr Anlass zu Zweifeln, Verunsicherung und Spekulationen zum Thema Migration zu geben. Sie hat gar nicht erst versucht, Berichte zu dementieren, die Fremdenhass und Desinformation Vorschub leisten; sie sorgt auch nicht

für eine transparente Offenlegung der ihr zugewiesenen Mittel und deren Verwendung, sodass das Narrativ, nach dem öffentliche Gelder in erheblichem Umfang für Migrantinnen und Migranten aufgewendet würden, nicht mit amtlichen Angaben abgeglichen werden kann; und sie hat keine Angaben über die Anzahl der Migrantinnen und Migranten veröffentlicht, die verhaftet worden sind oder Asyl beantragt haben,<sup>14</sup> sodass nicht feststellbar ist, wie viele von ihnen sich tatsächlich noch in Tapachula aufhalten. Darüber hinaus liegen widersprüchliche Aussagen der Migrationsbehörde INM, des mexikanischen Innenministeriums und des Präsidialamtes vor.<sup>15</sup> Insofern stellt sich die Frage, ob das Stillschweigen, die Widersprüche und die Erklärungen der Behörden nicht vielleicht sogar Teil einer Strategie sind, um Desinformation zu verbreiten und so in gewisser Weise Rückendeckung für bestimmte regierungspolitische Entscheidungen wie die Verschärfung und Militarisierung der Migrationskontrolle zu bekommen.

Wie bereits erwähnt, sind die Beweggründe für die Verbreitung von Falschinformationen, Hetze, diskriminierenden Diskursen und Hassbotschaften vielfältig und kaum nachzuverfolgen, da weder deren Ursprung noch ihr Anlass ermittelt werden können. Insofern wäre es vorschnell, ein abschließendes Urteil in dieser Richtung zu fällen. Dennoch lässt sich sagen, dass solche Narrative, die durch die behördlichen Maßnahmen bzw. Unterlassungen bestärkt werden, die Art und Weise beeinflussen, in der sich die mexikanische Bevölkerung zu Themen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Agenda positioniert. So belegt beispielsweise eine von der mexikanischen Tageszeitung *El Financiero* veröffentlichte Umfrage vom Februar 2020, dass nach Meinung von 64 Prozent der Mexikanerinnen und Mexikaner die Grenzen für die Zuwanderung geschlossen werden sollten. 73 Prozent sind damit einverstanden, dass die Nationalgarde den Migrationsstrom stoppt.<sup>16</sup>

## Verpflichtungen des Staates

Diskriminierung, Gewalt und Hass zu bekämpfen erfordert Engagement auf Seiten der Regierung: Sie sollte Äußerungen entgegenwirken, die gegen demokratische und menschenrechtsbasierte Werte verstoßen, und Wege zu einem informierten Dialog, zu Gedankenaustausch und Ideen eröffnen, um damit die öffentliche Debatte und die Entscheidungsfindung zu bereichern.<sup>17</sup> Ebenso müssen sich die staatlichen Institutionen ihrer Verpflich-

tung und Verantwortung bewusst werden und dürfen in ihren Arbeitsbereichen niemals Diskurse zulassen, die gezielt bzw. absichtlich falsche Behauptungen verbreiten.<sup>18</sup>

Um die Menschen in einem von Desinformation, Hetze, Diskriminierung und Hassrede geprägten Umfeld besser in Austausch zu bringen und zu einem kritischeren Umgang mit Informationen zu befähigen, haben die Staaten die Verpflichtung,

- 1) geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen und Regelwerke zu schaffen, um ein entsprechendes Umfeld für eine freie, unabhängige und vielfältige Kommunikation, und damit auch für Medienvielfalt, zu fördern und dafür zu werben;
- 2) die digitale Alphabetisierung und die Medienkompetenz zu fördern, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer Interessengruppen, die sich für die Bewusstseinsbildung in diesen Fragen einsetzen;
- 3) weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um Gleichstellung, Nichtdiskriminierung, interkulturelles Verständnis und andere demokratische Werte zu fördern und den negativen Auswirkungen von Desinformation und Propaganda entgegenzuwirken.<sup>19</sup>

Die gegen Migrantinnen und Migranten gerichtete Verbreitung von rassistischen und sexistischen Gerüchten in Verbindung mit der gezielten Irreführung der Bevölkerung durch Desinformation erhält eine noch größere Sprengkraft, wenn bestimmte Themen diffus bleiben. Hierzu gehört auch der unklare Status der Migrantinnen und Migranten. Dadurch wird die gesellschaftliche Solidarität mit diesen Menschen, die auf der Durchreise sind, allmählich ausgehöhlt. Die Unterstützungsnetzwerke der Bevölkerung zerbröckeln, oder aber es bilden sich Fronten gegen diejenigen, die sich nach wie vor für Migrantinnen und Migranten einsetzen. Repressionsmaßnahmen jeglicher Art werden infolgedessen immer mehr toleriert, sobald sie der «Eindämmung» der Migration gelten. Migrantinnen und Migranten werden so noch massiver benachteiligt und in ihren Menschenrechten verletzt. ■■■

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

<sup>1</sup> «Flujo migratorio se redujo 56% gracias a la estrategia migratoria implementada por México: Ebrard» (Außenminister Ebrard: «Dank der von Mexiko umgesetzten Migrationsstrategie wurde der Zustrom von Migrant/innen um 56% verringert»), *Aristegui Noticias*, 6. September 2019. Verfügbar unter: <https://aristeguinoticias.com/0609/mexico/flujo-migratorio-se-redujo-56-gracias-a-la-estrategia-migratoria-implementada-por-mexico-ebarrd/> (Abfrage vom 10. Februar 2020).

<sup>2</sup> Die Migrationsbehörde INM der mexikanischen Zentralregierung ist für sämtliche Migrationsfragen zuständig. Vgl. «Contención, militares, reportes a Washington. Pues sí, México ya no es 'la mano tendida al migrante'» («Eindämmung, Militärs, Berichte nach Washington: Jawohl, Mexiko streckt den Migranten nicht mehr die Hand aus»). *Sin Embargo*, 12. September 2019. Verfügbar unter: <https://www.sinembargo.mx/12-09-2019/3644320>. (Abfrage vom 10. Februar 2020).

<sup>3</sup> Arista, Lidia: «El 'muro mexicano' disminuye la migración a Estados Unidos» («Die 'mexikanische Mauer' verringert die Migration in die USA»), *Expansión Política*, 23. Januar 2020. Verfügbar unter: <https://politica.expansion.mx/mexico/2020/01/23/el-muro-mexicano-disminuye-la-migracion-a-estados-unidos> (Abfrage vom 10. Februar 2020).

<sup>4</sup> Während sich in der Vergangenheit vor allem Männer aus Guatemala, Honduras und El Salvador auf den Weg in die USA machten, hat der Anteil von Männern, Frauen und Minderjährigen aus Nicaragua, Kuba und Haiti sowie aus verschiedenen afrikanischen und asiatischen Ländern seit 2018 zugenommen. *International Organization for Migration (2019): Informe sobre las Migraciones en el Mundo 2020 (Bericht über die weltweiten Migrationsbewegungen 2020)*, Kapitel 3: «Migración y Migrantes: Características y Novedades Regionales» («Migration und Migrant/innen: regionale Besonderheiten und Neuigkeiten»). S. 67f. Verfügbar unter: [https://publications.iom.int/es/system/files/pdf/wmr\\_2020\\_es\\_3.pdf](https://publications.iom.int/es/system/files/pdf/wmr_2020_es_3.pdf). Darüber hinaus gab das mexikanische Innenministerium (Secretaría de Gobernación) über die Nationale Migrationsbehörde bekannt, dass 2019 etwa 1,17 Millionen Menschen illegal nach Mexiko gelangten. Davon wurden 179.971 Ausländerinnen und Ausländer mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus in den Auffangeinrichtungen des Landes untergebracht. *Instituto Nacional de Migración: «INM informa sobre acciones en 2019 para mantener una migración segura, ordenada y regular»* («Das INM berichtet über die 2019 ergriffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer sicheren, geordneten und geregelten Migration»), Newsletter Nr. 004/2020, 3. Januar 2020. Verfügbar unter: <https://www.gob.mx/inm/prensa/inm-informacion-sobre-acciones-en-2019-para-mantener-una-migracion-segura-ordenada-y-regular-231026?idiom=es> (Abfrage vom 10. Februar 2020).

<sup>5</sup> Derzeit gibt es keine konsensfähige Definition von «Desinformation». Wir von ARTICLE 19 sind der Meinung, dass im Sinne der vielfältigen Dimensionen dieses Phänomens eine alleinige Definition nicht ausreicht. Lediglich aus Gründen der Benennung soll hier «Desinformation» verstanden werden als Verbreitung von Informationen und Propaganda in der Absicht, die Bevölkerung irrezuführen und Einfluss zu nehmen auf das Recht der Öffentlichkeit, informiert zu werden, sowie auf das Recht der Menschen, Informationen jeglicher Art über Staatsgrenzen hinweg zu suchen und zu empfangen, aber ebenso auch zu vermitteln. Vgl. auch: Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung u.a. (2017): «Gemeinsame Erklärung zu freier Meinungsäußerung und ‚Fake News‘, Desinformation und Propaganda». Verfügbar unter: <http://www.oas.org/es/cidh/expresion/showarticle.asp?artID=1056&IID=2>.

- <sup>6</sup> Jedwede beleidigende, verstörende oder anstößige Äußerung. ARTICLE 19 (2015): Hate Speech Explained. A Toolkit, Großbritannien. Verfügbar unter: <https://www.article19.org/resources/hate-speech-explained-a-toolkit/>
- <sup>7</sup> Verunglimpfung bestimmter Personen bzw. Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Merkmalen mit dem Ziel, sie auszugrenzen, abzusondern oder an der Wahrnehmung ihrer Rechte zu hindern. Torres, Natalia; Taricco, Víctor (2019): Los discursos de odio como amenaza a los derechos humanos (Hassreden als Bedrohung für die Menschenrechte), Centro de Estudios en Libertad de Expresión y Acceso a la Información (Forschungszentrum für freie Meinungsäußerung und Zugang zu Information), Argentinien. Verfügbar unter: [https://www.palermo.edu/Archivos\\_content/2019/cele/Abril/Los-discursos-de-odio\\_Torres-y-Taricco.pdf](https://www.palermo.edu/Archivos_content/2019/cele/Abril/Los-discursos-de-odio_Torres-y-Taricco.pdf)
- <sup>8</sup> Es gibt keine konsensfähige Definition von «Hassrede» bzw. «Hate speech». Sie kann jedoch beschrieben werden als «jegliche Form einer Aussage, in der ein irritatives, irrationales Gefühlsempfinden der Schmähung, Feindseligkeit und Abneigung gegen eine Einzelperson oder einen Personenkreis aufgrund ihrer persönlichen Merkmale [...] zum Ausdruck kommt.» Um Hass als solchen zu bezeichnen, müssen verschiedene Aspekte bewertet werden, wie der allein durch eine Äußerung verursachte Schaden und dessen Folgewirkungen, das Vorliegen einer Kausalbeziehung zwischen der Äußerung und dem dadurch hervorgerufenen spezifischen Schaden, der wahrscheinliche bzw. drohende Eintritt des Schadens, der Vorsatz, diesen Schaden anzurichten, und der Verbreitungsgrad der Äußerung. ARTICLE 19 (2015): a.a.O., S. 9-11.
- <sup>9</sup> Ebenda.
- <sup>10</sup> Die vorliegenden Schilderungen entstammen einer Studie zur Aufbereitung und Analyse von Erfahrungen, Aussagen und Überlegungen der teilnehmenden Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen des Workshops «Migración y Desinformación» («Migration und Desinformation»). Der Workshop wurde mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung von ARTICLE 19 in Zusammenarbeit mit R3D-Red en Defensa de los Derechos Digitales (Netzwerk zur Verteidigung der digitalen Rechte) und dem Sozialforschungslabor «Justicia en Movimiento» organisiert und fand am 27./28. September 2019 in Tapachula (Chiapas) statt. Alle folgenden Aussagen und Gedanken der Teilnehmenden wurden auf diesem Workshop zusammengetragen. Insofern entsprechen sie nicht unbedingt immer den Meinungen von ARTICLE 19.
- <sup>11</sup> Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als WhatsApp und Facebook nach den Daten der letzten Erhebung über die Nutzungsgewohnheiten der Internet-User in Mexiko zu den fünf führenden sozialen Netzwerkplattformen gehören. Asociación de Internet (2018): 14° Estudio de hábitos de los usuarios de internet en México (14. Erhebung über die Nutzungsgewohnheiten der Internet-User in Mexiko), 2018. Verfügbar unter: [https://irp-cdn.multiscreensite.com/81280eda/files/uploaded/14%2BEstudio%2Bsobre%2Blos%2Bhábitos%2Bde%2Blos%2Busuarios%2Bde%2BInternet%2Ben%2BMe\\_xico%2B2018%2Bversio\\_n%2Bpublica.pdf](https://irp-cdn.multiscreensite.com/81280eda/files/uploaded/14%2BEstudio%2Bsobre%2Blos%2Bhábitos%2Bde%2Blos%2Busuarios%2Bde%2BInternet%2Ben%2BMe_xico%2B2018%2Bversio_n%2Bpublica.pdf) (Abfrage vom 10. Februar 2020).
- <sup>12</sup> Nach Aussage einer anonymen Journalistin wurde in Tapachula dazu aufgerufen, das Auffanglager Siglo XXI in Brand zu setzen. Solche Aufrufe (bei denen nicht festgestellt werden konnte, von wem sie ursprünglich stammten) wurden von Bürgerinnen und Bürgern geteilt, die in der Bevölkerung als Leitfiguren fungieren, und dies vor dem Hintergrund der in der Gesellschaft herrschenden feindseligen Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten. Da es jedoch keine Kausalbeziehung zwischen solchen Aufrufen und einem dadurch verursachten bzw. potenziell entstandenen Schaden gibt, ist diese Form von Hate Speech durch Artikel 19 (2) des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte geschützt. Derartige Verlautbarungen geben dennoch Anlass zur Sorge über Intoleranz und Diskriminierung, und sie erfordern eine kritische Reaktion seitens des Staates.
- <sup>13</sup> Anm. der Red.: Ein «Meme» ist ein Bild, ein Video bzw. ein Text, das meist in grotesk verzerrter Form vor allem über das Internet verbreitet wird.
- <sup>14</sup> Pradilla, Alberto: «Migración detiene y encierra a solicitantes de refugio pese a tener papeles» («Migrationsbehörde lässt Asylsuchende verhaften und einsperren, obwohl sie Papiere besitzen»), Animal Político, 14. Oktober 2019. Verfügbar unter: <https://www.animalpolitico.com/2019/10/migracion-detencion-migrantes-refugio-chiapas/>. (Abfrage vom 10. Februar 2020).
- <sup>15</sup> González, Isabella: «Acusan descoordinación en migración» («Vorwürfe wegen mangelnder Koordination in der Migrationsbehörde»), Reforma, 29. Januar 2020. Verfügbar unter: [https://www.reforma.com/acusan-descoordinacion-en-migracion/ar1863693?\\_\\_rval=1](https://www.reforma.com/acusan-descoordinacion-en-migracion/ar1863693?__rval=1). (Abfrage vom 10. Februar 2020).
- <sup>16</sup> Die 2018 geschaffene Nationalgarde nimmt in Mexiko die Aufgaben einer Nationalpolizei wahr und besteht aus Zivil-, Militär-, Marine- und Bundeseinheiten. Vgl. Moreno, Alejandro: «Inicia AMLO 2020 con respaldo de 71%» («AMLO startet ins Jahr 2020 mit 71% Zustimmung»), El Financiero, 4. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://www.elfinanciero.com.mx/nacional/inicia-amlo-2020-con-respaldo-de-71>. (Abfrage vom 10. Februar 2020).
- <sup>17</sup> ARTICLE 19 (2019): «Ante el silencio, ni borran ni cuenta nueva» («Kein Schlussstrich unter das Stillschweigen»), Informe anual (Jahresbericht) 2018, Mexiko, S. 204. Verfügbar unter: [https://articulo19.org/wp-content/uploads/2019/05/Ante-el-Silencio-Ni-Borran-Ni-Cuenta-Nueva\\_ABRv2.pdf](https://articulo19.org/wp-content/uploads/2019/05/Ante-el-Silencio-Ni-Borran-Ni-Cuenta-Nueva_ABRv2.pdf)
- <sup>18</sup> Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung u.a. (2017): a.a.O.
- <sup>19</sup> Ebenda.

# Wissenschaftsleugner an der Macht: Vertrauenskrise und Umweltkollaps in Brasilien

Tatiana Roque

Desinformation ist ein Konzept, bei dem bewusst falsche oder irreführende Informationen erstellt und verbreitet werden. Dies mit dem Ziel, wirtschaftlichen oder politischen Vorteil daraus zu ziehen, und mit der Absicht, die Bevölkerung zu täuschen. Diese Definition hat eine Schwachstelle: Sie geht davon aus, dass die Menschen sich täuschen lassen und deshalb kein Vertrauen in die Institutionen und traditionellen Medien haben.

Der Sachverhalt ist jedoch sehr viel komplexer. Wir erleben einen generellen Vertrauensverlust in die Institutionen, selbst die Wissenschaft ist davon betroffen, wie wir während der aktuellen Corona-Pandemie feststellen müssen. Immer wieder werden wissenschaftliche Arbeiten infrage gestellt, beispielsweise in den USA, Brasilien oder Frankreich. Der Aufstieg der extremen Rechten sorgt für eine Welle der Verharmlosung und der Wissenschaftsleugnung, die in Zeiten der Pandemie zur Tragödie werden.

Ist die Pandemie erstmal vorbei, müssen wieder mehr Menschen gegen den Klimakollaps mobilisiert werden. Nach Jahrzehnten der Forschung und aktiven Beteiligung an internationalen Klimaabkommen ist es besorgniserregend, dass das Thema Umweltschutz in Brasilien keine Popularität genießt. Hierfür allein der aktuellen Regierung und der Desinformation die Schuld in die Schuhe zu schieben, ist zu kurz gedacht. Das Desinteresse, das selbst bei progressiven Regierungen zu diesem Thema vorherrscht, spiegelt die Gleichgültigkeit eines Großteils der Bevölkerung wider. Ein Beweis hierfür ist, dass das Thema auch im Wahlkampf keine Rolle spielte. Mit der aktuellen Regierung spitzt sich die Lage jedoch weiter zu, denn sie setzt die Wissenschaftsleugnung als Werkzeug für ihre kriminelle Umweltpolitik ein.

## Leugnung der Umweltkrise

Während seines Wahlkampfes drohte Jair Bolsonaro, dem Beispiel seines Idols Donald Trump folgend, mit dem Ausstieg Brasiliens aus dem Pariser Klimaabkommen. Seither instrumentalisiert er die Furcht vor einer Interna-

---

Der Aufstieg der extremen Rechten sorgt für eine Welle der Verharmlosung und der Wissenschaftsleugnung, die in Zeiten der Pandemie zur Tragödie werden.

---

tionalisierung Amazoniens. Zwar machte der Präsident seine Drohung nicht wahr, nominierte aber mit Ricardo Salles einen Umweltminister, der mit konservativen Thinktanks sympathisiert, und einen Außenminister, der davon überzeugt ist, dass die Erderwärmung eine marxistische Verschwörung ist. Auf einem Video eines Ministertreffens<sup>1</sup> plädiert Salles dafür, dass die Regierung die Pandemie nutzen solle, um die Liberalisierung im Umweltschutz voranzutreiben.

In Brasilien wird immer deutlicher, dass der Aufstieg der extremen Rechten in direktem Zusammenhang mit der Leugnung des Klimawandels steht, die bei Bolsonaro zur Staatspolitik wurde. Es ist bekannt, dass sich Organisationen abstimmen, um wissenschaftlich erforschten Erkenntnissen zum Klimawandel zu widersprechen. Dieses «Netzwerk des Leugnens» begann in den 90er Jahren zu agieren.<sup>2</sup> Da es unmöglich war, die Erderwärmung an sich zu verneinen, war der einzige Ausweg, das Thema in Kontroversen zu verstricken. Schon damals wurde ein ähnliches Argument herangezogen wie das, was von der Regierung Bolsonaro verteidigt wird:

**Tatiana Roque**, Brasilien, ist Professorin für Philosophie und Wissenschaftsgeschichte an der Universität von Rio de Janeiro (UFRJ). Sie untersucht das Phänomen der Post-Wahrheit und den Zusammenhang mit der weltweiten Krise der Demokratie. Sie koordiniert das Wissenschafts- und Kulturforum der UFRJ und ist Vizepräsidentin des brasilianischen Grundeinkommennetzwerks.



Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes agiere eine internationale Verschwörung, um die Wahlfreiheit der Bürger und Bürgerinnen einzuschränken und die Macht der Unternehmen, die dem Volk nützen (da sie Reichtum und Arbeitsplätze schaffen) und die Souveränität des Landes sicherstellen, zu reduzieren.

In Ländern wie den USA, Australien und dem Vereinigten Königreich werden die Klimaleugner/innen von der fossilen Brennstoffindustrie finanziert. In Brasilien unterstützt insbesondere das Agrobusiness, also die Branche, die in Brasilien am stärksten zur Erderwärmung beiträgt, die Verbreitung von Widersprüchen gegen Daten aus der Umweltforschung.

Im August 2018 feuerte Präsident Jair Bolsonaro den Direktor des Brasilianischen Instituts für Weltraumforschung (Inpe) Ricardo Galvão, weil dieser korrekte Daten über den drastischen Anstieg der Abholzung in Amazonien veröffentlicht hatte. 2019 luden Abgeordnete von Bolsonaros Basis einen der bekanntesten Wissenschaftsleugner Brasiliens, den pensionierten Meteorologen der Bundesuniversität von Alagoas, Luiz Carlos Molion, ein, eine Vortragsreihe über Amazonien zu halten. Molion stützt sich in seinen Vorträgen auf Lügen, die schon lange von der Klimaforschung widerlegt wurden. Er präsentiert sie im Fachjargon und illustriert sie mit Grafiken. Bei den Abgeordneten handelte es sich um dieselben, die einen Gesetzesentwurf unterstützen, durch den die im Waldgesetz vorgeschriebenen Anteile, die jeder Landeigentümer als Naturreservat vorhalten muss, abgeschafft werden sollen.

Dem Agrarwissenschaftler Evaristo de Miranda, Leiter der brasilianischen Agrarforschungsgesellschaft Embrapa<sup>3</sup>, gelang es über die offiziellen Social-Media-Kanäle der Forschungsgesellschaft, das falsche Argument zu verbreiten, für die Land- und Viehwirtschaft bleibe aufgrund der Ausbreitung von Waldflächen nicht ausreichend Fläche. Laut Miranda sind Naturschutzgebiete, indigene Schutzgebiete, Landlosensiedlungen im Rahmen der Agrarreform<sup>4</sup> und geschützte Wälder auf Landeigentum eine Bremse für die nationale Entwicklung. Er unterfüttert seine Thesen noch mit einer Verschwörungstheorie: Die aktuelle Umweltschutzagenda sei Teil eines Planes der entwickelten Länder, ihre eigene Landwirtschaft auszuweiten und das Wettbewerbspotenzial Brasiliens in dieser Branche auszubremsen. Diese Lüge Mirandas wurde bereits weitreichend kommentiert und entkräftet (von der Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen Observatório do Clima

in dem Video «Fakten zum Wald»<sup>5</sup>).<sup>5</sup> Dennoch beeinflussen seine Argumente die Regierung.

Es ist besorgniserregend, dass eine dermaßen unehrliche Regierung die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung genießt. Auch wenn Bolsonaros Zustimmungswerte durch den katastrophalen Umgang mit der Coronapandemie kurzzeitig gesunken sind, müssen wir die Gründe verstehen, warum er die Wahlen gewinnen und diese beachtliche Zustimmung aufrechterhalten konnte<sup>6</sup>. Es wäre ein Irrtum, nur Ignoranz als Grund anzuführen, denn ein bedeutender Teil seiner Unterstützer und Unterstützerinnen kommt aus den Reihen der gebildetsten Bevölkerungsgruppen. Eine Untersuchung des Forschungsinstituts Datafolha<sup>7</sup> von Dezember 2019 – einer Zeit, in der die Grundpfeiler des Umweltschutzes bereits abgebaut wurden – zeigte auf, dass der Zustand der Umwelt von 27 Prozent der Befragten als sehr gut oder gut und von 38 Prozent als in Ordnung eingestuft wurde. Diese Zahlen sind sehr hoch, insbesondere im Kontext der verheerenden Waldbrände in Amazonien und der Ölkatastrophe vor der brasilianischen Küste, für die es zu diesem Zeitpunkt noch keinen Plan zur Eindämmung gab.

## Vertrauenskrise

Wissenschaftsleugnung fällt in einer Gesellschaft, in der das Vertrauen in die Institutionen fehlt, auf fruchtbaren Boden. Es war ein kluger Schachzug der extremen Rechten, dieses Misstrauen zu nutzen, um Regierungsmitglieder mit antiwissenschaftlichen Standpunkten zu legitimieren und die Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Staatsapparat zu verbreiten.

Die britische Studie *Wellcome Global Monitor* warnte in einer Erhebung aus dem Jahr 2018 bereits vor einer drohenden Vertrauenskrise in die Wissenschaft. In der Länder-

---

Wissenschaftsleugnung fällt in einer Gesellschaft, in der das Vertrauen in die Institutionen fehlt, auf fruchtbaren Boden.

---

gruppe mit mittleren bis hohen Einkommen, in die auch Brasilien eingeordnet wurde, haben 54 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen nur ein durchschnittliches Vertrauen in die Wissenschaft bekundet.<sup>8</sup> Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Misstrauen in die Wissenschaft und dem Zweifel an anderen Institutionen: Wer wissenschaftliche Fakten infrage stellt, der zweifelt im Allgemeinen

auch an Regierungen, Streitkräften oder Justiz. Das geht einher mit einer generellen Skepsis gegenüber dem Establishment, also dem politischen System und seiner Institutionen. Sie breitet sich in Brasilien aus und hat dazu beigetragen, dass Bolsonaro gewählt wurde. Es ist auch wichtig, zu betrachten, wie die Brasilianer und Brasilianerinnen den Einfluss der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf ihr Leben bewerten. Die Gruppe derjenigen, die meinen, dass die Wissenschaft ihnen persönlich (und auch der Mehrheit der Gesellschaft) keinen Vorteil bringt, macht 23 Prozent der Bevölkerung aus. Ein alarmierendes Ergebnis, das dem Durchschnitt für Zentral- und Südamerika entspricht und unabhängig von der Einkommensklasse ist. Und obwohl sich der religiöse Fundamentalismus weit verbreitet hat, ist auch er nicht die Ursache für dieses Phänomen. Die wachsende Bedeutung der Religion im Alltag ist vielmehr auf das Vakuum zurückzuführen, das das fehlende Vertrauen in die Institutionen und den Staat hinterlässt. Viele Menschen haben nur die Kirche als materielle, moralische und alltägliche Unterstützung bei ihren Sorgen aufgrund von Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen, unzureichender Gesundheitsversorgung und, ganz besonders: mangelnder Zukunftsaussichten.

Die Studie hat des Weiteren gezeigt, dass ein Drittel der Brasilianer und Brasilianerinnen den Nichtregierungsorganisationen (NGO) nur wenig Vertrauen entgegenbringt. Dies hat direkten Einfluss auf die Amazonas-Politik, denn Bolsonaro und seine Minister greifen die NGOs frontal an, insbesondere die, die im Umweltschutz aktiv sind. Die Regierung geht sogar so weit, ihnen zu unterstellen, sie würden hinter den Feuern im Amazonas-

angesehen, um sich in interne Angelegenheiten einzumischen. Gleichzeitig erkennen die Menschen nicht, welche wirtschaftlichen Vorteile der Umweltschutz für ihr Leben hat. Es ist sehr schwer, sie davon zu überzeugen, dass das Modell der Ausbeutung sie auf Dauer ärmer machen wird, weil es sie ihrer natürlichen Reichtümer beraubt. Solche nicht greifbaren Vorteile scheinen für eine Bevölkerung, die tagtäglich mit zu geringen Einkommen und fehlenden Politiken der Daseinsfürsorge zu kämpfen hat, zu abstrakt zu sein. So werden sie empfänglich für Verschwörungstheorien und erhoffen sich daraus einen moralischen oder materiellen Vorteil. Der Regierung sichert dies ihre Position. Die Menschen werden also nicht von falschen Informationen getäuscht: Sie werden dazu angestiftet, zur öffentlichen Delegitimierung der Institutionen Beihilfe zu leisten.

All dies macht zwei Forderungen besonders wichtig. Erstens: Der Umweltschutz muss weiterhin in der Lage sein, Menschen zu mobilisieren, insbesondere innerhalb der schwächsten Bevölkerungsgruppen. Das wird nur möglich sein, wenn ihnen Auswege aus ihrer aktuellen Notlage aufgezeigt werden. Eine Veränderung der Gewohnheiten in Bezug auf Konsum, Fortbewegung, Ernährung sowie neue Perspektiven für die Arbeitssituation oder die Zukunft der Kinder – das sind die zentralen Themen, die auch mit tiefgreifenden politischen Veränderungen einhergehen. Zweitens: Maßnahmen gegen den Klimakollaps dürfen sich nicht auf Gipfeltreffen von Spezialist/innen beschränken. Es reicht auch nicht aus, sich auf Daten und einem wissenschaftlichen Konsens auszuruhen. Journalist/innen, Intellektuelle, Professor/innen, Fachleute und Wissenschaftler/innen werden derzeit infrage gestellt, und es wird ihnen erschwert, zwischen Politik und Allgemeinheit zu vermitteln. Ihre vermittelnde Rolle wurde von den Wissenschaftsleugner/innen mithilfe der immer direkteren Beziehung zur Bevölkerung delegitimiert: Immer mehr einflussreiche Persönlichkeiten ohne jeglichen fachlichen oder akademischen Hintergrund verbreiten «Wahrheiten» und verschaffen sich Gehör, nur weil sie über die sozialen Netzwerke im direkten Kontakt mit dem Publikum stehen. Solche neuen Meinungsbildner/innen haben Tausende von Followern und kämpfen darum, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In Brasilien sind sie sogar aktiv an der Regierung beteiligt. Sie gewinnen das Vertrauen eines Teils der Bevölkerung, indem sie überaus überzeugend auftreten. Das führt zu einer Diskreditierung der wahren Fachleute, deren Äußerungen in

---

**Die Menschen werden also nicht von falschen Informationen getäuscht: Sie werden dazu angestiftet, zur öffentlichen Delegitimierung der Institutionen Beihilfe zu leisten.**

---

gebiet oder der Ölpest im Norden des Landes stecken.<sup>9</sup> Das weitverbreitete Misstrauen in die NGOs erklärt, warum diese unbegründeten Anschuldigungen keine Reaktion in der Bevölkerung hervorgerufen haben und sie gar von einem nicht geringen Anteil gebilligt wurden.

Die Souveränität über das Amazonasgebiet ist mit einer nationalistischen brasilianischen Tradition verbunden, die ein Abdriften in einen verschwörungstheoretischen Diskurs leicht macht. Die NGOs werden hierin als Element internationaler Mechanismen

der Vergangenheit dadurch legitimiert wurden, dass sie die Autorität hatten, mit Informationen umzugehen, auf die die Allgemeinheit nur eingeschränkt Zugriff hat.

Um Wissenschaftsleugnung unschädlich zu machen, müssen wir Menschen für unsere Anliegen gewinnen und in Dialog mit jenen kommen, die der öffentlichen Debatte bislang fern sind. Das bedeutet auch, dass wir aufhören müssen, uns nur in Blasen oder Nischen auszutauschen, die unsere eigenen Überzeugungen widerspiegeln. ■■■

Übersetzung aus dem Brasilianischen: Kirsten Grunert

- 
- <sup>1</sup> CNN-Brasil: «STF divulga ÍNTEGRA do vídeo da reunião ministerial de 22 de abril» (Video auf Portugiesisch), YouTube, 22.05.2020. Abrufbar unter: <https://youtu.be/TjndWfgrRQQ> (Zugriff: 23.04.2020).
  - <sup>2</sup> Oreskes, Naomi; Conway Erik M. (2010): *Merchants of Doubt*, New York, Bloomsbury Press. [A. d. Ü. Auf Deutsch erschienen: *Die Machiavellis der Wissenschaft: Das Netzwerk des Leugnens*, Wiley-VCH, Weinheim 2014]
  - <sup>3</sup> Schwerpunkt der brasilianischen Agrarforschungsgesellschaft (Embrapa) ist die Entwicklung von Wissen und Technologie für die brasilianische Land- und Viehwirtschaft. Sie ist dem Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Lebensmittelversorgung unterstellt.
  - <sup>4</sup> Anm. d. Red.: Im Rahmen der Agrarreform werden Landparzellen vom brasilianischen Institut für Besiedlung und Landreform INCRA an Landlose gegeben, die dort angesiedelt werden, um es zu bewirtschaften.
  - <sup>5</sup> Observatório do Clima: «Fatos Florestais» (Video auf Portugiesisch), 29.04.2019. Abrufbar unter: <http://www.observatoriodoclima.eco.br/mitos-producao-conservacao-no-pais/> (Zugriff: 23.04.2020).
  - <sup>6</sup> Anm. d. Red.: Inzwischen hat sich das Blatt wieder gewendet. Dank der Corona-Hilfsgelder für die arme Bevölkerung sind seine Zustimmungswerte so hoch wie lange nicht mehr.
  - <sup>7</sup> Globo: «Pesquisa Datafolha aponta Moro com aprovação de 53%, acima de Bolsonaro», 09.12.2019; Abrufbar unter: <https://g1.globo.com/politica/noticia/2019/12/09/pesquisa-datafolha-aponta-moro-com-aprovacao-de-53percent-acima-de-bolsonaro.ghtml> (Zugriff: 23.04.2020).
  - <sup>8</sup> Gallup (2019): *Wellcome Global Monitor- First Wave Findings. How Does the World Feel about Science and Health? 2018*; abrufbar unter: <https://wellcome.ac.uk/sites/default/files/wellcome-global-monitor-2018.pdf> (Zugriff: 23.04.2020).
  - <sup>9</sup> Mazui, Guilherme: «Bolsonaro diz que ONGs podem estar por trás de queimadas na Amazônia para 'chamar atenção' contra o governo», Globo, 21.08.2019. Abrufbar unter: <https://g1.globo.com/politica/noticia/2019/08/21/bolsonaro-diz-que-ongs-podem-estar-por-tras-de-queimadas-na-amazonia-para-chamar-atencao-contra-o-governo.ghtml> (Zugriff: 23.04.2020).



# Medien in El Salvador: Wie fehlende Berichterstattung die Gewalt gegen Frauen verharmlost

Laura Aguirre

El Salvador, das kleinste Land Mittelamerikas, gehört weltweit zu den Ländern mit der höchsten Gewaltrate. Mit 6,5 Femiziden pro 100.000 Frauen gilt es für Frauen als eines der gefährlichsten Länder der Welt.<sup>1</sup> Allein in der Zeit der COVID-19-Beschränkungen vom 12. März bis zum 15. Juni 2020 wurden 26 Frauen ermordet;<sup>2</sup> die Anzahl der Not- bzw. Hilferufe stieg im selben Zeitraum um 70 Prozent.<sup>3</sup>

2017 veröffentlichte der salvadorianische Staat eine landesweite Umfrage, aus der hervorgeht, dass schätzungsweise 67 von 100 Frauen im Verlauf ihres Lebens in irgendeiner Form geschlechtsspezifische Gewalt erfahren haben. Davon haben lediglich 6 Prozent formal Anzeige erstattet.<sup>4</sup> Zu den Gründen, warum Frauen davor zurückschrecken, gehören unter anderem Angst vor Repressalien, die Furcht vor Stigmatisierung und Reviktimisierung sowie mangelndes Vertrauen in das System.<sup>5</sup> Die Wahrscheinlichkeit, Recht zu bekommen, ist tatsächlich minimal: Zwischen 2018 und 2019 führten lediglich 12 Prozent von insgesamt 6.305 erstatteten Anzeigen zu einer Verurteilung.<sup>6</sup>

In den letzten Jahren hat sich mit den sozialen Netzwerken der Raum erweitert, in dem sich Gewalt gegen Frauen zeigt. Hierzu gehören z.B. sexuelle Belästigung, Schikane, Diffamierung, Bedrohung und sonstige Straftaten. Die Organisation salvadorianischer Frauen für den Frieden (Organización de Mujeres por la Paz – ORMUSA) rät betroffenen Frauen mitunter, ihre Accounts in sozialen Netzwerken zu schließen bzw. solche Accounts gar nicht erst zu eröffnen.<sup>7</sup>

## Die #MeToo-Bewegung in El Salvador

In sozialen Netzwerken manifestiert sich zwar Frauenfeindlichkeit, gleichzeitig werden dort aber auch Gegenstrategien entwickelt. Im August 2019 löste ein Tweet mit dem Hashtag #metoo<sup>8</sup> auch in El Salvador eine Welle von Enthüllungen aus. Über mehrere Wochen kursierte in sozialen Netzwerken und WhatsApp-Gruppen eine Liste mit Namen, darunter auch die mehrerer Medienvertreter und Journalisten. Die meisten Anschuldigungen erfolgten anonym.

Die Kritik an diesen Aktionen fiel ähnlich aus wie bei #MeToo-Bewegungen in anderen Teilen der Welt. Danach sollten die Frauen auf offiziellem Weg Anzeige erstatten, denn andernfalls würden sie gegen die Unschuldsvermutung der Beschuldigten verstoßen.

Die führenden traditionellen Medien und auch die digitalen Medien sahen großzügig über das Geschehen im Netz hinweg und schwiegen. Wie in anderen Ländern wurde auch in El Salvador den Frauen das Recht auf eine eigene Stimme mit dem Argument abgesprochen, jede anonym geäußerte Anschuldigung sei journalistisch nicht verwertbar.

## Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen

Ein Bericht der UNESCO aus dem Jahr 2019 erinnert uns daran, dass es zu den journalistischen Pflichten gehört, aufzuklären und dazu beizutragen, das Schweigen zu geschlechts-

**Laura Aguirre**, El Salvador, ist Mitgründerin und Leiterin des feministischen digitalen Mediums Alharaca. Sie lebt in Mexiko, El Salvador und Deutschland. Die an der Freien Universität Berlin promovierte Soziologin hat sich in den letzten zehn Jahren mit der Migration von Frauen, Sexarbeit, Ungleichheiten und geschlechtsspezifischer Gewalt befasst. Ihre Beiträge erschienen u.a. in ElFaro.net, Revista Factum, Univiación und Open Democracy. Im Jahr 2017 gewann sie den lateinamerikanischen Preis für investigativen Journalismus COLPIN und den IDEA-Preis für Innovation und Journalismus.

spezifischer Gewalt zu brechen und einen sozialen Wandel herbeizuführen.<sup>9</sup> Dieses Thema aufzugreifen, stößt gerade auch innerhalb der Medien auf zahlreiche Hindernisse. In den salvadorianischen Redaktionen geben Machismo und Frauenfeindlichkeit den Ton an, und eine ganze Reihe von Mechanismen sorgen dafür, dass Gewalt gegen Frauen als normal gilt und verharmlost wird.

2018 wurde ein Bericht über geschlechtsspezifische Ungleichheit am Arbeitsplatz veröffentlicht. 90,38 Prozent der befragten Journalistinnen gaben an, dass Diskriminierung von Frauen in ihrem Umfeld gängige Praxis sei.<sup>10</sup>

Wie die Anthropologin und Feministin Rita Segato darlegt, zeichnet sich Gewalt gegen Frauen unter anderem dadurch aus, dass sie mittlerweile als naturgegebene, unverrückbare Realität betrachtet und überdies mit Normen und Werten gerechtfertigt wird, die von institutioneller Seite verbreitet werden. Auf diese Weise lernen wir, gewalttätiges Verhalten als «normal» wahrzunehmen, den Frauen die Schuld daran zu geben und Anschuldigungen oftmals als reine Übertreibungen oder als haltlose, ungerechtfertigte Vorwürfe zu werten.<sup>11</sup> Mit dieser *Normalisierung* geht eine offenkundige *Verharmlosung* der Gewalt gegen Frauen einher, die in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt. Hinzu kommt, dass aus Segatos Sicht Frauen wie «Minderjährige» behandelt werden.<sup>12</sup>

Die Verharmlosung seitens der Medien zeigt sich vor allem darin, dass kaum über das Thema berichtet wird; und wenn dies ausnahmsweise doch geschieht, so ist die Berichterstattung meist ungenau, und sie erfolgt ohne Kenntnis der Geschlechterperspektive und ohne moralische Grenzen: Gewalt und die Körper von Frauen werden so zu einem alltäglichen, trivialen Medienspektakel.

Ein immer wiederkehrendes Thema bei Konferenzen und Kongressen feministischer Journalistinnen in Lateinamerika ist der tägliche Kampf um die Positionierung der Geschlechterperspektive. Viele Journalistinnen haben sich schon an Chefs und Kollegen abkämpfen müssen, die dieses Thema mit zwei Argumenten meiden: Zum einen sei die Einbeziehung der Geschlechterperspektive gleichbedeutend mit Aktivismus und habe nichts mit Journalismus zu tun. Zum anderen hieße eine Berichterstattung über geschlechtsspezifische Themen über «Frauenprobleme» zu sprechen. Beide Argumente nähren einen Diskurs, der solche Themen ins Abseits stellt und vorgibt, sie seien weder global noch für die Gesellschaft als Ganzes von Bedeutung. Mit anderen

Worten: Die Frauenfrage sei ein Randthema von partiellem Interesse.

Diese Normalisierung und Verharmlosung finden sich auch in den sozialen Netzwerken. Die Banalisierung der Geschlechterperspektive durch Verbalangriffe männlicher Journalisten – selbst der renommiertesten – gegen Kolleginnen oder feministische Aktivistinnen ist keine Seltenheit. Auch das gravierende Ausmaß der Frauenmorde wird noch immer kleingeredet.<sup>13</sup>

Wenn das Thema Gewalt gegen Frauen beiseitegeschoben und vertuscht wird, erzeugt dies Desinformation. Dadurch, dass ein gesamtgesellschaftliches Phänomen verdrängt bzw. verschwiegen und als «irrelevant» dargestellt wird, verfestigt sich zum einen eine auf Ungleichheit gestützte Sozialisierung und zum anderen wird Gewalt gegen Frauen legitimiert, indem die Verantwortung der Männer als Täter im Dunkeln gelassen bzw. kleingeredet wird.

## «Alharaca»: Feministischer Journalismus als Widerstand

Die genannten gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen in El Salvador waren aber auch Ansporn und Voraussetzung dafür, im Binnensystem der Medien Alternativen und neue Räume zu schaffen. So haben sich verschiedenste – vornehmlich digitale – neue und inklusive Medien dem Kampf gegen die «gläsernen Decken» innerhalb der traditionellen Print- und Digitalmedien angeschlossen. Alharaca, Agencia Presentes, La Brújula, La palabra incómoda und Gato Encerrado sind einige Beispiele für solche Räume. Sie alle engagieren sich dafür, Anliegen von Frauen, die die gesamte Gesellschaft betreffen, wieder in den Mittelpunkt der Mediendiskurse zu stellen.

Alharaca<sup>14</sup> zum Beispiel wurde im Februar 2018 aus der Notwendigkeit heraus gegründet, in einem Land, in dem die einflussreichsten Menschen bei den meisten Medien nach wie vor Männer sind, einen «eigenen Raum» für sich beanspruchen zu können – einen selbstbestimmten Ort, an dem sich über Geschlecht und Vielfalt sprechen lässt. Die Initiative steht für einen Journalismus, der die Geschlechterperspektive verinnerlicht hat und der über das bloße Erzählen von Geschichten hinausgeht. Und der das Potenzial hat, sich in seinen Formaten und Recherchemethoden zu verändern und zu erneuern, um die besonderen Lebenswirklichkeiten von Frauen und diversen Menschen besser sichtbar zu machen.

Vor dem Hintergrund des medialen Schweigens über die aufkommende #MeToo-Bewegung in El Salvador veröffentlichte Alharaca einen Sonderbeitrag mit dem Titel «¿Por qué no denuncié?» («Wieso habe ich keine Anzeige erstattet?»).<sup>15</sup> Frauen waren zuvor über soziale Netzwerke aufgerufen worden, Alharaca anonym ihre Gründe zu nennen, warum sie sich nach einer Gewalterfahrung dennoch entschlossen hatten, sich nicht an die Justiz zu wenden.

Die Anonymität, mit der die Frauen von ihren Erfahrungen berichteten, ermöglichte es, die Aufmerksamkeit weniger auf die Opfer als vielmehr auf den Staat und seine Verantwortung als Garant für die Sicherheit und die Rechte von Frauen zu lenken. Alle zusammengetragenen Aussagen wiesen Übereinstimmungen auf und wurden zu einem Beleg für das, was auch Untersuchungen und offizielle Berichte mittlerweile erkannt haben: Frauen erstatten nach einer Gewalterfahrung keine Anzeige, weil für sie das Justizsystem nicht funktioniert.

Alharaca sieht sich als journalistisches Medium unter anderem dazu verpflichtet, den Staat zu kontrollieren. Es ist keine Staats-

anwaltschaft und muss deshalb auch nicht beweisen, ob die Frauen, die von ihren Gewalterfahrungen berichten, lügen oder nicht. Die Aufgabe von Alharaca ist es, Gewalt sichtbar zu machen und sie auf die öffentliche Agenda zu setzen. Aus der Wissenschaft hat Alharaca Methoden übernommen, um Informationen zu kontrastieren und zu verifizieren. So werden beispielsweise die Aussagen in einem Dreiecksvergleich mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, Berichten offizieller Stellen sowie Angaben internationaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen abgeglichen.

Noch ist der Weg zu einer gerechten und sicheren Gesellschaft für die Frauen El Salvadors weit. Mit ihrem Kampf gegen die Desinformation versuchen journalistische Initiativen wie Alharaca einen Beitrag zu diesem Prozess zu leisten. Sie verfolgen eine vielfältigere und inklusivere Agenda und sehen Gewalt und Diskriminierung gegenüber Frauen als ein Thema an, das nicht nur wichtig ist, sondern die gesamte Gesellschaft betrifft und mit dem wir alle uns befassen sollten. ■■■

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

### Wieso habe ich keine Anzeige erstattet?

«Sie würden mich für eine Nutte halten.»

«Meine Mutter hätte gesagt, es sei meine Schuld gewesen.»

«Ich fühle mich eingeschüchtert, weil er Hochschulprofessor ist.»

«Er kann mir beruflich schaden.»

«Ich hätte die psychischen Übergriffe und die Betrügereien nicht beweisen können.»

«Angst und Scham.»

«Ich habe ja Anzeige erstattet, aber das war eine furchtbare Erfahrung.»

Link zu Audioberichten:

<https://especial.alhara.ca/por-que-no-denuncie/home>

- <sup>1</sup> Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten aus dem Transparenzportal der Justiz des Obersten Gerichtshofs von El Salvador (Portal de Transparencia del Órgano Judicial, Corte Suprema de Justicia). Verfügbar unter: <http://www.transparencia.oj.gob.sv/> es (Abfrage vom 1. Juni 2020).
- <sup>2</sup> Red Feminista de El Salvador frente a la Violencia contra las Mujeres (Feministisches Netzwerk El Salvadors zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen). Verfügbar unter: <http://observatoriodeviolencia.ormusa.org/monitoreos.php> (Abfrage vom 12. Juni 2020).
- <sup>3</sup> Organización de Mujeres Salvadoreñas por la Paz – ORMUSA (Organisation salvadorianischer Frauen für den Frieden). Verfügbar unter: <http://ormusa.org/organizaciones-lanzan-campana-de-sensibilizacion-de-la-violencia-contra-las-mujeres-en-el-marco-de-la-emergencia-por-covid-19/> (Abfrage vom 30. Mai 2020).
- <sup>4</sup> Dirección General de Estadística y Censos – DIGESTYC (Generaldirektion für Statistik und Volkszählungen): Encuesta Nacional de Violencia contra la Mujer (Landesweite Umfrage zur Gewalt gegen Frauen), El Salvador, 2017. Verfügbar unter: <http://aplicaciones.digestyc.gob.sv/observatorio.genero/eviolencia2018/index.aspx> (Abfrage vom 5. April 2020).
- <sup>5</sup> Ministerio de Justicia (Justizministerium); DIGESTY: Informe sobre Hechos de Violencia contra las Mujeres 2016-2017 (Bericht über Gewalttaten gegen Frauen 2016-2017). Aus diesem Bericht geht hervor, dass zwischen 2015 und 2017 durchschnittlich 13 Anzeigen pro Tag wegen Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen aufgenommen wurden, d.h. alle zwei Stunden mehr als ein Delikt. Verfügbar unter: <https://infosegura.org/2018/06/12/violencia-contra-las-mujeres-leiv-2016-2017/> (Abfrage vom 2. April 2020).
- <sup>6</sup> Fiscalía General de la República (Generalstaatsanwaltschaft der Republik): Memoria de labores (Tätigkeitsbericht) 2018-2019. Verfügbar unter: <http://www.fiscalia.gob.sv/medios/memorias-pdf/Memoria-de-Labores-2018-2019.pdf> (Abfrage vom 2. April 2020).
- <sup>7</sup> ORMUSA, in: Rodríguez, Margarita (2014): «Las redes sociales, ¿el nuevo ring de la violencia de género?» («Die sozialen Netzwerke – ein neuer Schauplatz geschlechtsspezifischer Gewalt?»), BBC Mundo. Verfügbar unter: [https://www.bbc.com/mundo/noticias/2010/11/101125\\_violencia\\_genero\\_redes\\_sociales\\_internet\\_facebook\\_mr.shtml](https://www.bbc.com/mundo/noticias/2010/11/101125_violencia_genero_redes_sociales_internet_facebook_mr.shtml) (Abfrage vom 1. Juni 2020).
- <sup>8</sup> Vgl. <https://twitter.com/hfttsv>
- <sup>9</sup> UNESCO (2019): «Reporting on Violence against Women and Girls: a Handbook for Journalists». Verfügbar unter: <https://en.unesco.org/news/reporting-violence-against-women-and-girls-unesco-launches-new-publication> (Abfrage vom 20. April 2020).
- <sup>10</sup> Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos (Ombudsstelle für die Verteidigung der Menschenrechte) - El Salvador: Diagnóstico sobre el entorno de trabajo de las mujeres periodistas y comunicadoras sociales de El Salvador (Bestandsaufnahme zum Arbeitsumfeld von Journalistinnen und Kommunikatorinnen sozialer Medien in El Salvador). Informe (Bericht) 2018. Verfügbar unter: [https://www.pddh.gob.sv/wp-content/uploads/2018/01/DIAGNO%CC%81STICO\\_MUJERES\\_PERIODISTAS\\_Y\\_COMUNICADORAS\\_ESA.pdf](https://www.pddh.gob.sv/wp-content/uploads/2018/01/DIAGNO%CC%81STICO_MUJERES_PERIODISTAS_Y_COMUNICADORAS_ESA.pdf) (Abfrage vom 15. April 2020).
- <sup>11</sup> Segato, Rita Laura (2016): La guerra contra las mujeres (Der Krieg gegen die Frauen), Verlag Traficantes de Sueños, Madrid, S. 91-106.
- <sup>12</sup> Ebenda.
- <sup>13</sup> In einem Land wie El Salvador, in dem über 90% der Mordopfer Männer sind, halten einige Journalisten die Thematisierung der Frauenmorde als spezifisches Problem für einen feministischen Ansatz, durch den die mit einer überwältigenden Mehrheit an Männern begangenen Morde verharmlost werden. Vgl. Roberto Valencia, «Violentados por tener pene» («Vergewaltigt, weil sie einen Penis haben»), in: Los blogs de el faro, 20. November 2017. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2YwgK6j>. Die Antwort von Laura Aguirre findet sich in: Laura Aguirre: «Denunciar las violencias no es una competencia de cifras» («Gewalt anzuprangern ist kein Zahlenwettbewerb»), El Faro, 24. November 2017. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2UBW0Ja> (Abfrage vom 1. Juni 2020).
- <sup>14</sup> Das Wort «alharaca» wird in El Salvador meist abschätzig zur Bezeichnung von Menschen – oftmals Frauen – benutzt, die als überspannt und emotional im Umgang mit einem für unbedeutend befundenen Thema dargestellt werden sollen. Die Gründerinnen wählten den Namen als Provokation und Anspruch auf die Geschichten und Menschen, die im Journalismus und in der digitalen Welt noch immer wenig Raum haben.
- <sup>15</sup> Dieser Beitrag wurde im Oktober 2019 veröffentlicht und sollte auf dem für 2020 in Deutschland geplanten Global Festival of Action vorgestellt werden. Verfügbar unter: <https://especial.alhara.ca/por-que-no-denuncie/home> (Abfrage vom 20. April 2020).

# Fake News: Desinformation und Zensur in Kolumbien

Diana Salinas

Im Rückblick wirkte die Kampagne des «Nein»-Lagers bei der Volksabstimmung über die Friedensvereinbarungen wie ein Initiationsritus. Bereits im Oktober 2016 hatte Carlos Vélez Uribe einer Journalistin geschildert, wie man in seiner Partei «die virale Macht der sozialen Netzwerke» entdeckt hatte. Und dieser Politiker war nicht irgendwer. Er war Mitglied des Centro Democrático, einer rechtsgerichteten, vom früheren Staatspräsidenten Álvaro Uribe gegründeten und angeführten Partei. Deren Kandidat, Iván Duque, ist seit 2018 und bis 2022 kolumbianischer Präsident.

Carlos Vélez Uribe managte die Kampagne für das «Nein zum Frieden» bei der Volksabstimmung, mit der die Kolumbianerinnen und Kolumbianer 2016 nach ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung der Friedensvereinbarungen mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) gefragt wurde. Am 4. September 2012 hatten die Friedensverhandlungen begonnen, und vier Jahre später, am 26. September 2016, wurde in Cartagena das Abkommen schließlich unterzeichnet. Nach einer Verfügung des damaligen Staatspräsidenten Juan Manuel Santos sollten die in der «Abschließenden Übereinkunft zur Beendigung des Konflikts und zum Aufbau eines stabilen, dauerhaften Friedens»<sup>1</sup> enthaltenen Vereinbarungen von der kolumbianischen Bevölkerung bestätigt werden.<sup>2</sup> Ein Interview einer Journalistin mit Carlos Vélez Uribe, in dem er die Dinge ganz unverblümt beim Namen nannte, bildete letztlich den Startschuss für den Vormarsch von Fake News in den Wahlkämpfen und politischen Kampagnen. Sie hatte den Manager der Nein-Kampagne gefragt, welche Strategien er dabei verfolgt habe.<sup>3</sup> In seiner Antwort erläuterte er, wie in verschiedenen Regionen irreführende Meldungen darüber lanciert wurden, was bei

Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen geschehen würde. So wurde beispielsweise ein Foto von Juan Manuel Santos mit dem FARC-Kommandanten «Timoschenko» veröffentlicht und dazu die Nachricht verbreitet, die «Terroristen» (gemeint waren die Guerillakämpfer) bekämen von nun an Geld vom Staat. Die Falschmeldungen wurden 130.000 Mal geteilt und erreichten sechs Millionen Menschen.<sup>4</sup>

Zur damaligen Zeit herrschte in Kolumbien eine angespannte Stimmung. Die Meinungen waren gespalten. Auf der Seite der Befürworter/innen des Friedensabkommens standen fast die gesamte Regierungsriege von Juan Manuel Santos und seine Sympathisanten sowie die in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen engagierte Bevölkerung. Das Nein-Lager wurde vom früheren Staatspräsidenten und Senator Álvaro Uribe angeführt, einem erbitterten Gegner der Friedensvereinbarungen und der Politik von Präsident Santos. Unterstützt wurde es von seiner politischen Gruppierung und vielen seiner Anhänger/innen.

Carlos Vélez Uribe wurde von der Journalistin gefragt: «Die Ja-Kampagne setzte auf die Hoffnung auf ein neues Land. Was aber wollten Sie mit Ihrer Botschaft erreichen?» «Empörung», lautete die Antwort des Politikers. «Wir wollten, dass die Menschen mit Wut im Bauch zur Abstimmung gehen.»<sup>5</sup>

Um die Menschen zu empören, wurde versucht, die Wunden des Krieges wieder aufzureißen, Ressentiments und Schmerz zu schüren und sie so zum Widerstand gegen den Friedensprozess zu bewegen. Die kolumbianische Bevölkerung erlebte zum ersten Mal, wie Desinformation als entscheidender Faktor in der politischen Auseinandersetzung dem «Nein» mit 50,21 Prozent der Stimmen zum Sieg verholfen hatte. Ob nun Stimmenkauf,

**Diana Salinas**, Kolumbien, ist Chefredakteurin von *Cuestión Pública*. Sie ist Literaturwissenschaftlerin, Feministin und Enthüllungsjournalistin mit langjähriger Erfahrung, u.a. durch ihre Arbeit für *La Nación* (Argentinien), *Noticias Uno* und *Cuatro Caminos* vom Canal RCN. Sie ist dreifache Preisträgerin des nationalen Simón-Bolívar-Preises für Journalismus. Mehrfach deckte sie Fälle von Plünderung und Korruption durch prominente kolumbianische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf. Außerdem ist sie Mitautorin des Buches «Memorias: 12 historias que nos deja la guerra» (dt.: *Erinnerungen: 12 Geschichten, die der Krieg hinterlassen hat*), einer Sammlung tiefgründiger und unbekannter Geschichten des bewaffneten Konflikts in Kolumbien.



Postenvergabe im Tausch gegen Wählerstimmen oder Wahlbetrügereien durch Stimmabgabe an anderen Orten als dem Wohnort<sup>6</sup> – nichts von alledem, was zuvor unterm Tisch gekungelt worden war, hatte so starken Einfluss wie Fake News. Nach dem Interview mit Carlos Vélez Uribe wurde die Journalistin abberufen.

Diese Volksabstimmung hatte ihre Unschuld verloren. Das Ausmaß, mit dem soziale Netzwerke seither zur Informationsverbreitung genutzt werden und Meinungsmache betreiben, ist ein Schlag ins Gesicht der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung wird in ihren Wahlentscheidungen massiv durch Desinformation beeinflusst. Für Kolumbien bedeutete dies den Niedergang eines verfassungsmäßigen Rechts, nämlich des Rechts auf Frieden. Auf diese Weise wurde Santos gezwungen, gemeinsam mit den Drahtziehern des «Nein» den Wortlaut der Vereinbarungen anzupassen. Am 24. November 2016 wurde das Friedensabkommen schließlich unterzeichnet und wenige Tage später vom Kongress ratifiziert. Damit wurde der Friedensprozess trotz der Niederlage bei der Volksabstimmung rechtskräftig besiegelt.

Die Desinformationsstrategien beschränkten sich jedoch nicht nur auf die hier geschilderten Aspekte. In dem genannten Interview erläuterte Carlos Vélez Uribe auch die gezielte Verwendung sektor- und regionalspezifischer Strategien. So wurden beispielsweise unter ärmeren Bevölkerungsgruppen Radiomeldungen verbreitet, in denen die Friedensvereinbarungen mit der Strafflosigkeit für die im Konflikt begangenen Verbrechen in Verbindung gebracht wurden. In acht Bezirken des Departements Cauca, einer der am härtesten von der Gewalt des bewaffneten Konflikts betroffenen Regionen, war die Propaganda auf die Opfer zugeschnitten. In der Grenzregion zu Venezuela wiederum wurden in Anspielung auf das sozialistische, arme Nachbarland Kernbotschaften vermittelt wie zum Beispiel: «Mit den Friedensvereinbarungen werden wir zu einem zweiten Venezuela».

## Zensur und «Bodeguita»

Fake News und die Desinformationsstrategie des Präsidenten und seiner politischen Clique sind wie zwei Seiten einer Medaille, mit der auch echte journalistische Bomben zum Platzen gebracht werden konnten.

In der Debatte über Fake News und Zensur in Kolumbien werden falsche Angaben öffentlicher Stellen von der Presse oftmals widerlegt, so beispielsweise die Anzahl ermordeter sozialer Anführer/innen<sup>7</sup> oder die Anzeigen und

Notrufe von Frauen, die mit dem Tod bedroht werden.<sup>8</sup> All diese Daten werden auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen erhoben und müssen, wenn sie nachweislich falsch sind, letztlich widerrufen werden.

In Kolumbien gibt es mehrere unabhängige Medien, die sich mit der Überprüfung der Diskurse von Politiker/innen und einflussreichen Persönlichkeiten befassen. Hierzu ein aktuelles Beispiel: Ende 2019 wurde ein junger Mann bei Protesten von der Polizei erschossen. Die Polizei gibt vor, Waffen nur dann einzusetzen, wenn es um die Auflösung von Demonstrationen geht. Demnach dürften solche Waffen nicht tödlich sein. In ihrem Versuch, den Sachverhalt zu klären, präsentierte die Regierung eine Version des Vorfalls, die sich als Fake News herausstellte: Nach offizieller Lesart rechtfertigte der Polizist den Kopfschuss mit der Behauptung, der Junge habe «Leib und Leben» (der Polizei) «mit einem Gegenstand bedroht».<sup>9</sup> Verschiedene unabhängige Medien machten sich daraufhin die Mühe, alle verfügbaren Videoaufnahmen von

---

**Diese Volksabstimmung hatte ihre Unschuld verloren. Das Ausmaß, mit dem soziale Netzwerke seither zur Informationsverbreitung genutzt werden und Meinungsmache betreiben, ist ein Schlag ins Gesicht der Öffentlichkeit.**

---

Bürgerinnen und Bürgern zu sammeln und den Vorfall auch am Tatort aus verschiedenen Blickwinkeln zu rekonstruieren. So konnten sie schließlich nachweisen, dass die Behauptungen der Regierung falsch waren.<sup>10</sup> Die Polizei hatte demnach grundlos die tödlichen Schüsse auf den Jugendlichen abgegeben.

Die Suche nach der Wahrheit hat einen heftigen Kampf um die Pressefreiheit entfacht, und sie hat eine Regierung entlarvt, die sich unterschwelliger Zensur bedient, wenn ihre digitalen Strategien aufgedeckt werden. Die Duque-Regierung ist mittlerweile berühmtberüchtigt für ihren ausgeprägten Hang zur Zensur von Medien und Journalist/innen. Allein 2019 wurden in Kolumbien 634 Zensuropfer gezählt. Bei der Anzahl der Verstöße gegen die Pressefreiheit werden laut Angaben der Stiftung für Pressefreiheit FLIP (Fundación para la Libertad de Prensa) 515 Fälle genannt.<sup>11</sup> Seit 2020 ist die Stimmung im Land aggressiver geworden: So sickerte vor kurzem eine Information bei der Zeitschrift *Semana* durch, nach der Dutzende von Journalistinnen und Journalisten von der Armee überwacht werden. Sie werden besonders ins Visier genommen, und über sie

werden Dossiers und Verzeichnisse mit allen möglichen Daten angelegt, darunter Namen, Adressen, Telefonnummern, Fotos. Darüber hinaus hat die Armee im März 2020 auf Twitter eine «Oppositionellenliste» veröffentlicht. Dort tauchen sowohl *Cuestión Pública* als auch 32 Twitter-Konten führender Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik auf.<sup>12</sup> Dies sorgte im ganzen Land für Empörung.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Reaktionen auf die Desinformationsstrategien der Regierung mit den Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Generalstreik vom 21. November 2019. Die Proteste richteten sich unter anderem gegen die Steuerreform und die Tötung mehrerer Jugendlicher durch einen Bombenangriff der Militärs.<sup>13</sup> Um eine Ausweitung der Proteste zu verhindern, versuchte die Regierung, die Demonstrierenden zu stigmatisieren und bezeichnete sie als «Vandalen».<sup>14</sup> Außerdem verhängte sie eine Ausgangssperre, während über verschiedene WhatsApp-Kanäle Warnungen in Umlauf gebracht wurden, unter den Demonstrierenden gebe es «Randalierer und Plünderer». Dies löste in ganz Bogotá eine Welle der Panik aus.

Für Journalist/innen und die Bevölkerung stellt sich heute die Frage: Wer war verantwortlich für diese Strategie, mit der Menschen vor angeblichen Vandalen gewarnt und damit in Angst und Schrecken versetzt wurden? Was geschah wirklich in der Nacht der Ausgangssperre? Wer gab den Befehl, die Dossiers mit persönlichen Informationen anzulegen? Warum werden Journalist/innen und zivilgesellschaftliche Akteur/innen überwacht?

Anfang 2020 enthüllte das Mediennetzwerk gegen Zensur «Liga Contra el Silencio», dass Claudia Bustamante, eine Mitarbeiterin des kolumbianischen Präsidentschaftsamt, eine WhatsApp-Gruppe gegründet und 88 Personen dazu eingeladen hatte, darunter mehrere Influencerinnen und Influencer. Es ging darum, Themen aus dem Umfeld von Ex-Präsident Álvaro Uribe zu platzieren und gezielt Medien, Journalist/innen und politische Gegner/innen anzugreifen. All dies geschah mit Unterstützung des damaligen Beraters für Innovation und digitalen Wandel Víctor Muñoz.<sup>15</sup> Dieser neuerliche Skandal wurde in Kolumbien als «Bodeguita uribista» bezeichnet («die kleine Uribe-Bodega»). Das Wort «Bodega» steht in Kolumbien für digitale Räume, in denen junge Menschen Hunderte falscher Twitter-Konten unterhalten.

Wie funktioniert die Zensur? Über «Bots» und falsche Twitter-Konten werden Gerüchte in Umlauf gebracht und Stimmungsmache gegen Journalistinnen und Journalisten betrie-

ben. Solche Desinformationsstrategien haben auch dem «Nein» bei der Volksabstimmung zum Sieg verholfen. 2020 hat die Entwicklung der Desinformationsstrategien in Kolumbien wahre «Technikfabriken» hervorgebracht, die sich in verschiedener Form mit der Einflussnahme auf politische Kampagnen befassen. Solche technisch und wirtschaftlich leistungsstarke Gruppierungen aus dem Dunstkreis der Regierung und der Mächtigen wissen genau, dass die sozialen Netzwerke zu jenen anderen Räumen gehören, in denen Wahrheiten verdreht und als Fakten verkauft werden können.

Die Schlusspointe zum vorliegenden Beitrag wurde letztlich mit einem Vertrag geliefert, der mitten in der Zeit der Corona-Beschränkungen unterzeichnet wurde: Die Verwaltungsabteilung des kolumbianischen Präsidentschaftsamt (DAPRE) beauftragte gegen ein Honorar von 3,35 Mrd. kolumbianischer Pesos (843.000 US-Dollar) das Unternehmen Du Brand SAS damit, Staatspräsident Iván Duque in den sozialen Netzwerken zu positionieren. Das genannte Unternehmen finanzierte zuvor auch die Gruppierung, die bei der Volksabstimmung für das «Nein» gesorgt hatte, und unterstützte nach Angaben des Portals *Cuentas Claras* auch den Präsidentschaftswahlkampf von Iván Duque.<sup>16</sup> Das Geld für den Vertrag stammte aus dem Friedensfonds. Darin liegt zumindest eine gewisse Ironie. ■■■

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

**Cuestión Pública** wurde 2018 von drei investigativ und unabhängig arbeitenden Reporter/-innen gegründet, um die Schattenseiten der kolumbianischen Realität aufzudecken. Sie widmen sich u.a. den Themen Machtmissbrauch, Machenschaften der Bankkonzerne, Veruntreuung öffentlicher Gelder, Konflikte um Landbesitz und dem Post-Konflikt in Kolumbien. *Cuestión Pública* hat sich der Pressefreiheit und Unabhängigkeit verschrieben und ist bestrebt, innovativ zu sein und guten Journalismus – einschließlich Datenjournalismus – zu praktizieren, um den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, bewusste und informierte Entscheidungen zu treffen. Die Organisation wird hauptsächlich durch Abonnements, Spenden und Bildungsvereinbarungen mit Kooperationspartnern unterstützt.

www.cuestionpublica.com

<sup>1</sup> Acuerdo final para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera, Cartagena, 12. November 2016. Verfügbar unter: [https://www.cancilleria.gov.co/sites/default/files/Fotos2016/12.11\\_1.2016nuevoacuerdofinal.pdf](https://www.cancilleria.gov.co/sites/default/files/Fotos2016/12.11_1.2016nuevoacuerdofinal.pdf)

<sup>2</sup> Vgl. Politische Reportage: «La polarización que atizó el plebiscito» («Polarisierung heizte Volksabstimmung auf»). *El Espectador*, 2. Oktober 2017. Verfügbar unter: <https://www.elespectador.com/colombia2020/politica/la-polarizacion-que-atizo-el-plebiscito-articulo-855836> (Abfrage vom: 7. Mai 2020).

<sup>3</sup> Ramírez Prado, Juliana: «El ‚No‘ ha sido la campaña más barata y más efectiva de la historia» («Das ‚Nein‘ war die billigste und effektivste Kampagne der Geschichte»). *Asuntos:legales*, 4. Oktober 2016. Verfügbar unter: <https://www.asuntoslegales.com.co/actualidad/el-no-ha-sido-la-campana-mas-barata-y-mas-efectiva-de-la-historia-2427891>. (Abfrage vom 7. Mai 2020).

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Anm. d. Ü.: Kolumbianischer Slangausdruck im Original: 'votar berraca' («eine Wutstimme abgeben»).

<sup>6</sup> Die im Originaltext verwendete Bezeichnung «trashumancia electoral» beschreibt einen Vorgang, bei dem sich die Wahlberechtigten in eine Wahlliste eintragen, ihre Stimme aber an einem anderen Ort als ihrem Wohnort abgeben. Dies gilt nach kolumbianischem Strafrecht als Straftat.

<sup>7</sup> Uprimmy Yepes, Rodrigo: «Cifras mortales» («Tödliche Zahlen»), *Dejusticia*, 4. August 2019. Verfügbar unter: <https://www.dejusticia.org/column/cifras->

- mortales/ (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>8</sup> «Sin refugio en tiempos de pandemia» («Ohne Zuflucht in Zeiten der Pandemie»), Reportage, Cuestión Pública, 4. Mai 2020. Verfügbar unter: <https://cuestionpublica.com/sin-refugio-en-tiempos-de-pandemia/> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>9</sup> Gerichtsreportage: «La versión del capitán del Esmad que disparó contra Dilan Cruz» («Die Version des Hauptmanns der Aufstandsbekämpfungseinheit ESMAD, der die Schüsse auf Dilan Cruz abgab»), El Espectador, 6. Dezember 2019. Verfügbar unter: <https://www.elespectador.com/noticias/judicial/la-version-del-capitan-del-esmad-que-disparo-contra-dilan-cruz-articulo-894612> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>10</sup> Montes, Jimmy; Cuestión Pública (2019): «Dilan no murió: ¡Lo mataron!» («Dilan ist nicht einfach tot. Er wurde ermordet!», Cuestión Pública. Verfügbar unter: <https://cuestionpublica.com/dilan-cruz-no-murio-lo-mataron/> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>11</sup> Mapa de violaciones a la libertad de prensa (Überblick über die Verstöße gegen die Pressefreiheit), Fundación para la libertad de prensa (Stiftung für die Pressefreiheit). Verfügbar unter: <https://flip.org.co/index.php/es/atencion-a-periodistas/mapa-de-agresiones> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>12</sup> In diesem Twitter-Feed findet sich die «Oppositionellenliste» der Armee mit 33 Führungspersönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik: [https://twitter.com/cuestion\\_p/status/1237382254952763392?s=20](https://twitter.com/cuestion_p/status/1237382254952763392?s=20). (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>13</sup> Unidad Investigativa (Recherche-Einheit): «Secretos del bombardeo que mató a 8 niños y cobró la cabeza de Botero» («Die geheimen Hintergründe des Bombenangriffs, der 8 Kinder das Leben und Verteidigungsminister Botero den Kopf kostete»), El Tiempo, 10. November 2019. Verfügbar unter: <https://www.eltiempo.com/unidad-investigativa/asi-fue-el-bombardeo-en-el-que-murieron-8-ninos-en-caqueta-432146> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>14</sup> Reportage: «Movilización, desinformación y pánico en Colombia: es la hora de la responsabilidad» («Mobilisierung, Desinformation und Panik in Kolumbien: die Stunde der Verantwortung»), Democracia Abierta, 28. November 2019. Verfügbar unter: <https://www.opendemocracy.net/es/democraciaabierta-es/movilizacion-desinformacion-y-panico-en-colombia-es-la-hora-de-la-responsabilidad/> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>15</sup> Liga contra el silencio: «En las entrañas de una 'bodeguita' uribista» («Im Inneren einer Uribe-'Bodeguita'»), Cuestión Pública, 6. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://cuestionpublica.com/entrana-bodeguita-uribista/> (Abfrage vom 7. Mai 2020).
- <sup>16</sup> Registraduría Nacional: Portal Cuentas Claras en elecciones, Información reportada (Portal für die landesweite Rechenschaftslegung bei Wahlen), Kandidat: Iván Duque Márquez. Verfügbar unter: <https://www5.registraduria.gov.co/CuentasClarasPublicoPre2018/Consultas/Candidato/Reporte/5>. Abfrage vom 7. Mai 2020).



# Kampf gegen die Lügen: Die Faktencheck-Initiative Verificado in Mexiko

## Interview mit Daniela Mendoza

Jenny Zapata (JZ): «Lügen in den sozialen Netzwerken, Lügen in den Medien, Lügen von unseren Politikern ...», so warnt das Präsentationsvideo der mexikanischen Organisation Verificado («Faktencheck»), einer journalistischen Initiative, die sich im Kampf gegen Desinformation auf die Überprüfung des öffentlichen Diskurses spezialisierte. Wie kam es zu dieser Initiative?

Daniela Mendoza (DM): Verificado entstand im Kontext der mexikanischen Präsidentschaftswahlen 2018, bei denen der Sieg von Andrés Manuel López Obrador erwartet wurde. Viele von uns hatten noch die furchtbaren Erfahrungen aus den früheren Präsidentschaftswahlkämpfen in Erinnerung, bei denen López Obradors Kandidatur mit manipulierten Informationen hintertrieben wurde.<sup>1</sup> Im Bündnis Verificado schlossen sich 2018 mehr als 60 Medien, gesellschaftliche Organisationen und Universitäten zusammen, um die kursierenden Informationen zu den Wahlen zu überprüfen.

Die Bevölkerung hatte damals überhaupt kein Vertrauen zu den Wahlorganen, die sie auf derselben Seite sah wie die politischen Parteien. Deshalb positionierte sich Verificado bei den Wahlen im Jahr 2018 dezidiert unpolitisch. Das war sehr wichtig, denn so konnten Desinformation und Fake News in ihrer ganzen Tragweite thematisiert und als Anknüpfungspunkt für die Gespräche mit den Menschen genutzt werden.

JZ: Unmittelbar nach dem Wahlsieg von López Obrador habt ihr 2019 mit dem Faktencheck zu «La Mañanera» begonnen, der täglichen Pressekonferenz, in der der Präsident über die Maßnahmen der mexikanischen Bundesregierung informiert. «La Mañanera» war von Anfang an äußerst wichtig für die politische Agenda und die öffentliche Debatte zwischen Meinungsmacher/innen und Bevölkerung. Wieso war dieser Faktencheck ein Meilenstein für die zukünftige Ausrichtung von Verificado?

DM: Zu Anfang war der Faktencheck für uns lediglich ein Experiment. Er wurde erst mit der Zeit zu unserem Markenzeichen. Bei «La Mañanera» tritt der Präsident vor die Presse, und dann kommen wir und sagen, dass er sich zwar jeden Tag der Presse stellt, aber 60 Prozent seiner Aussagen unwahr sind.

Der Faktencheck gehört zu den journalistischen Recherchemethoden, die überaus teamorientiert sind. Dabei teilen wir sogar die Datengrundlage der gesammelten Informationen, denn bei uns gibt es keine Konkurrenz. Wir verfolgen ein sehr spezifisches Ziel, nämlich die Desinformation zu bekämpfen. Dafür heißt es, Fragen zu klären und jegliche tendenziöse Meldung aus dem Medienbereich aufzudecken, damit die Menschen nicht auf solche Informationen hereinfluten.

**Daniela Mendoza**, Mexiko, ist Journalistin, spezialisiert auf Diskursanalyse und Datenverifizierung. Sie ist die Direktorin von Verificado, einer unabhängigen Initiative für die Verifizierung von Fakten. Außerdem arbeitet sie als Hochschuldozentin und Kolumnistin.

**Jenny Zapato López**, ist Koordinatorin für Kommunikation im Büro Mexiko-Stadt der Heinrich-Böll-Stiftung.

Bisher haben wir die besten Erfahrungen zwar in Wahlzeiten gesammelt, doch ist uns mit COVID-19 klargeworden, dass wir niemals mit den Faktenchecks aufhören dürfen. Es werden sich immer wieder neue Sachverhalte ergeben, es geht also nicht um ein konjunkturelles Thema.

#### JZ: Wie funktioniert Desinformation?

DM: Diesem Phänomen liegen mehrere Faktoren zugrunde. Ich nenne sie die «4d»: diskreditieren, diffamieren, delegitimieren und dazwischenfunken. Diese Funktionen der Desinformation können von beliebiger Seite genutzt werden. Es gibt nicht den einen großen Desinformationsapparat, der im ganzen Land und in der Welt Falschmeldungen verbreiten will, sondern jeder einzelne Akteur – sei es nun eine Partei, eine politische, soziale oder religiöse Bewegung, oder eine Nachbarschaftsgruppe – kann zu einem bestimmten Zeitpunkt gezielt oder unbewusst Desinformation erzeugen. Bei gezielter Desinformation geht es darum, eine Sache oder eine Person zu delegitimieren, einen Menschen zu diskreditieren oder «dazwischenzufunken», das heißt abzulenken.

Desinformation hat es schon immer gegeben, doch im Unterschied zu früher gibt es heute mehr Verbreitungskanäle: Medien, alle sozialen Netzwerke, die Teams für Öffentlichkeitsarbeit der Regierungen und die Social Media, mit denen Politiker/innen die Bevölkerung gezielt informieren wollen.

Darüber hinaus gibt es einen verbreiteten Bürgerjournalismus<sup>2</sup>, der in der Regel bisweilen nicht mit derselben Genauigkeit arbeitet wie der professionelle Journalismus, und so ungewollt ebenfalls Desinformation produziert bzw. reproduziert. In diesem Sinne haben wir es mit einem anderen Szenario zu tun, denn die Kanäle, die Botschaften erzeugen, sind zahlreicher geworden, und wir konsumieren auch mehr Informationen.

#### JZ: Welche politischen Entwicklungen haben in den letzten Jahren zur Verschärfung der Desinformation geführt?

DM: Meiner Ansicht nach ist die Zunahme der Desinformation auf eine Polarisierung des Landes in einem politisch aufgeheizten Klima zurückzuführen: Auf der einen Seite stehen die Mehrheitspartei, ihr Präsident und der Kongress; auf der anderen eine Opposition, die nicht gewohnt ist, in der Opposition zu sein. Sie ist überdies ausgesprochen zerstritten und führt einen ideologisch geprägten Krieg gegen den derzeitigen Staatspräsidenten und die regierende Partei.

Die heutige Opposition war lange Zeit an der Regierung und hält nach wie vor viele Nischen in den Massenmedien besetzt. Ihr stehen viele Personen nahe (Medienschaffende, Kolumnist/innen, Kommentator/innen), die ihnen dabei behilflich sind, ihre Parolen gegen die amtierende Regierung mit Informationen zu unterfüttern, die zwar wahr sind, aber aus dem Zusammenhang gerissen werden, und dies führt zu einer massiven Manipulation. Die oppositionellen Gruppierungen – allen voran die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) und die Partei der Nationalen Aktion (PAN) – haben überdies Zugang zu realen Daten, weil sie bis vor kurzem noch an der Regierung waren, und oftmals manipulieren sie diese Informationen, um böswillige bzw. tendenziöse Vergleiche anzustellen.

Auf der anderen Seite hat die derzeitige Regierung keinen offenen Dialog mit den Medien etabliert. Im Gegenteil: Sie ist zum Frontalangriff gegen die Medien übergegangen, die vom Präsidenten als «ultrakonservativ» bzw. «oppositionell» bezeichnet werden. Die Arbeit der Presse und ihre Kommunikationspolitik werden im Rahmen von «La Mañanera» ständig diskreditiert. Wir haben einen Staatspräsidenten, der täglich zwei Stunden mit der Presse spricht, aber nur versucht, seine eigene Kommunikationsagenda zu positionieren: Er äußert sich, wie er möchte, über das,

worüber er zu sprechen gedenkt. In meinen Augen hat dies zu einer Diskreditierung der derzeitigen Regierung geführt. Es kam zu einer erheblichen Verschärfung der Manipulation und zu verzerrten Darstellungen von Seiten einiger Gruppen, von denen viele in sozialen Netzwerken aktiv sind. Auf all diese Angriffe reagiert die Regierung mit ihren eigenen Daten, die allerdings ebenfalls alles andere als korrekt sind.

JZ: Journalist/innen leben gefährlich in einem Land wie Mexiko. Seht ihr euch hier irgendeinem Risiko ausgesetzt, weil ihr bei Verificado arbeitet?

DM: Die Gefahren für uns liegen eher auf der Cyberebene. Ständig wird versucht, unsere Website zum Absturz zu bringen, und wir werden häufig mit der Frage konfrontiert, für wen wir uns eigentlich hielten, Faktenchecks vorzunehmen, wer uns die Befugnis dazu gebe, wer den Überprüfer überprüfe etc. Wir sind nicht politisch tätig, und meiner Ansicht nach haben wir bisher noch niemanden derart verärgert, dass wir damit unsere körperliche Unversehrtheit riskieren, aber unsere Cyberräume – unsere Internetseite und unsere persönlichen sozialen Netzwerke – sind durchaus massiven Angriffen ausgesetzt.

JZ: Sind neue Gesetze zur Vorbeugung von Desinformation notwendig?

DM: Da habe ich meine Zweifel. In meinen Augen ist das eine Frage der Bildung und nicht strafrechtlicher Regelungen. Die Grenzlinie zu dem, was potenziell als Desinformation einzustufen ist, kann so leicht gezogen werden, dass sie zu einer ungeheuren Zwangsjacke werden kann.

JZ: Unterscheidet sich die Coronakrise von anderen Zeiten, in denen ihr Faktenchecks vorgenommen habt?

DM: Ja, gerade wegen der Flut an Informationen: Es werden unglaublich viele produziert, weil es hier um ein weltweites Phänomen geht. Zuerst taucht ein und dieselbe Falschmeldung in Italien auf, dann lesen wir sie in Ecuador, und kurz darauf in Mexiko. Die Desinformation wird also weltumspannend. Jetzt haben wir mit einer Pandemie zu kämpfen, und die geht mit einem Phänomen einher, für das die Weltgesundheitsorganisation den Begriff «Infodemie» geprägt hat. Es handelt sich also durchaus um ein Schlüsselereignis in Bezug auf das Thema Desinformation, das langfristig – so hoffe ich zumindest – ein kritischeres Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern hervorbringen wird.

Zum Thema COVID-19 sind wir ein Bündnis mit dem Mexikanischen Netzwerk der Wissenschaftsjournalist/innen und Wissenschaftler/innen eingegangen, um Fachinformationen zu überprüfen. Die Zusammenarbeit mit Wissenschaftsjournalist/innen ist sehr wichtig, aber es gibt davon nur wenige in unserem Land. Sie sind die Fachleute, und sie wissen, dass Forschungsprozesse weder allumfassend sind, noch von einem Tag auf den anderen vonstattengehen. Sie wissen, wie sie mit den Themen umgehen müssen, wie sie Forschungsartikel auswerten und Fehlinterpretationen der vorliegenden Informationen vermeiden können. Sie geben den Takt vor, und wir bieten die Methode und übernehmen die Überprüfungsarbeit.

JZ: Glaubst du, dass die Desinformation überwunden werden kann?

DM: Das wünschen sich sicherlich alle, aber dafür müssen zwei Dinge passieren: Zum einen haben viele Medien Grundlagen der journalistischen Arbeit, wie z.B. die Überprüfung von Angaben, vernachlässigt, um viel Material produzieren zu können, denn Information ist sehr fordernd. Der Faktencheck darf kein Stiefkind des Journalismus bleiben, sondern er

sollte ein Bestandteil davon sein, ein Muss. In den letzten Jahren ist dies allerdings durch die Konkurrenz mit den sozialen Netzwerken, durch den Druck, die Arbeit schnellstens herauszubringen, in den Hintergrund geraten. Auf der anderen Seite sind auch die Bürger/innen gefragt, die Konsument/innen: Sie müssen mit der Zeit kritischer werden, und sie werden es auch allmählich. Zwei Faktoren sind hier zu berücksichtigen: die Medienkompetenz unserer Bevölkerung und die Zugangsmöglichkeiten zu den sozialen Netzwerken. Viele Menschen in unserem Land haben einen Internetzugang und nutzen WhatsApp, doch ein erheblicher Teil von ihnen verfügt nicht über die nötige Medienkompetenz, um die Informationen, die sie erhalten, einzuordnen.

Im Bildungssystem muss Medienkompetenz als Kernfach gelten. Wir sind zwar hypervernetzt, aber die Tatsache, dass wir ein Gerät ein- und ausschalten können, verleiht uns noch keine digitale Kompetenz. Die Schule muss als Bildungseinrichtung die Kritikfähigkeit im Umgang mit den Informationstechnologien fördern. Und dann muss sich der Journalismus weiterentwickeln, statt mit den sozialen Netzwerken konkurrieren zu wollen. Er muss von der absoluten Aktualität wegkommen und stattdessen Überprüfungsprozesse ganz selbstverständlich in seine Arbeit einbeziehen. Die Politiker/innen müssen ihrerseits genau überlegen, was sie sagen; sie können nicht einfach etwas von sich geben und erwarten, nur, weil sie in einer Machtposition sind, würden die Menschen daran glauben. Es geht um Bildungsarbeit, um Sorgfalt und um Professionalität – und vor dieser Aufgabe stehen wir alle. ■■■

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

- <sup>1</sup> López Obrador hatte sich bereits 2006 und 2012 für die Partei der Demokratischen Revolution (Partido de la Revolución Democrática) um die mexikanische Präsidentschaft beworben. 2018 wurde er als Kandidat der Bewegung für Nationale Erneuerung (Movimiento de Regeneración Nacional – MORENA) zum mexikanischen Staatspräsidenten gewählt.
- <sup>2</sup> Unter «Bürgerjournalismus» ist die Verbreitung von Informationen zu verstehen, die von jedem Bürger, jeder Bürgerin erzeugt werden können, ohne dass die betreffende Person notwendigerweise über entsprechende Kompetenzen verfügen muss.

**Verificado** ist eine Faktencheck-Initiative, die von den mexikanischen Journalistinnen Deyra Guerrero, Lilita Elósegui und Syndy García unter der Leitung von Daniela Mendoza aufgebaut wurde. Die Initiative ist Mitglied des Faktencheck-Netzwerks LATAM Chequea und durchläuft derzeit das Zertifizierungsverfahren für das International Fact Checking Network. Zu den Bündnispartnern von Verificado gehören digitale Medien, unabhängige Journalist/innen, Universitäten und Netzwerke wie Sembramedia. Verificado beteiligt sich derzeit auch an der Arbeit der Coronavirus Facts Alliance, einem weltweiten Bündnis von etwa 100 Medien, die Informationen zum Coronavirus veröffentlichen, teilen und übersetzen. Im April 2020 hat die Website von Verificado die Besuchsmarke von einer Million erreicht.

<https://verificado.com.mx>

### Die Überprüfungsmethode von Verificado:

- 1) Diskurse von Akteur/innen des öffentlichen Lebens auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene durchsehen.
- 2) Informationen für einen Faktencheck auswählen, die sich sehr rasch zu verbreiten beginnen und von öffentlichem Belang sind, eine Person betreffen können oder für den Menschen, der sie übermittelt, relevant sind. Versuchen, die Originalquelle herauszufinden.
- 3) Äußerungen mit Fakten und Zahlen, Datenbanken der Regierung, Forschungsergebnissen der Zivilgesellschaft, Sonderberichten internationaler Organisationen, Statistiken und Befragungen von Fachleuten abgleichen.
- 5) Äußerungen in einen Zusammenhang stellen und interpretieren, denn ohne Hintergrund und ohne Erläuterung besagen nackte, nüchterne Zahlen nicht viel.
- 6) Bewerten: Entscheiden, ob die Information richtig oder falsch ist, ob sie sich auf echte Fakten stützt oder auf falsche, so dass sie als irreführend beurteilt wird.

# Technologien und Covid-19 in Brasilien: Zwischen Desinformation und Überwachung

Jamila Venturini und Joyce Souza

Am 3. Februar 2020 erklärte Brasilien aufgrund der sich weltweit ausbreitenden Covid-19-Pandemie den Gesundheitsnotstand und verabschiedete ein Gesetz mit detaillierten Maßnahmen zum Umgang mit der Situation.<sup>1</sup> Das Gesetz verpflichtet öffentliche Verwaltungsinstitutionen auf allen Ebenen – Bund, Bundesstaaten, Distrikte und Kommunen – zum Austausch von grundlegenden Daten zur Identifizierung von infizierten Personen. Darüber hinaus wurde aufgrund der Auswirkungen der Pandemie bis zum 31. Dezember 2020 der öffentliche Notstand ausgerufen. Dennoch entschied sich die Zentralregierung, die Gefahr weiterhin kleinzureden, den Empfehlungen der internationalen Gesundheitsbehörden zuwiderzuhandeln und fragwürdige Mittel zur Behandlung des Virus zu propagieren.<sup>2</sup> Diese Strategie und die gleichzeitige Förderung von Desinformation<sup>3</sup> führten bisher zu mehr als 100.000 Todesfällen und 3 Millionen Infizierten.<sup>4</sup> Brasilien ist mittlerweile eines der weltweit am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder.

Das Missmanagement der brasilianischen Regierung und ihre alleinige Ausrichtung auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik werden während der Gesundheitskrise besonders deutlich: Nachdem das Land über mehrere Monate hinweg keinen Gesundheitsminister hatte, wird das Ressort nun von General Eduardo Pazuello geleitet, der sich in die wachsende Anzahl von Militärs an der Regierung einreihet.

## Überwachung, Misstrauen und Desinformation

Die Verantwortung für den Umgang mit dem Coronavirus in Brasilien überließ die Regierung den Behörden der Bundesstaaten

und Gemeinden, was die Verfügbarkeit von präzisen und transparenten Informationen zur Ausbreitung der Pandemie im Land erschwerte. Die fehlenden Tests und die mit den steigenden Todeszahlen schrittweise geänderte Kommunikationsstrategie verschlimmerte die Situation.<sup>5</sup> Die veränderte Darstellung der Daten schürte Misstrauen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Regierung bereits in der Vergangenheit den Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse auf eine Art eingeschränkt hatte, die an autoritäre Praktiken der Vergangenheit erinnert.<sup>6</sup> Um dem Durcheinander entgegenzuwirken, schlossen sich einige Medien zu einem unabhängigen Konsortium zusammen, um die von den Ministerien der Bundesstaaten herausgegebenen Informationen zu verifizieren und zusammenzutragen und die Bevölkerung so über die Entwicklung der Pandemie im Land zu informieren.<sup>7</sup> Dennoch kommt es bei der Veröffentlichung von Daten durch die lokalen Behörden zu Schwankungen. Regierungen und Stadtverwaltungen sowie Mobiltelefonie- und Technologieunternehmen trafen aus diesem Grund Vereinbarungen, um die Einhaltung der Quarantänemaßnahmen in den Regionen zu kontrollieren und infizierte Personen zu lokalisieren. Diese folgten einer während der aktuellen Pandemie feststellbaren Tendenz der Regierungen weltweit, auf Big-Data-Technologien zurückzugreifen, um Informationen über die Bevölkerung und die Ausbreitung der Pandemie zu sammeln.<sup>8</sup>

Es ist wichtig, hervorzuheben, dass die Überwachung der öffentlichen Gesundheit ein grundlegendes Instrument ist, um auf Notstände reagieren zu können. Laut WHO wirken «die fortlaufende, systematische Erfassung, Analyse und Interpretation der Gesundheits-

**Jamila Venturini**, Brasilien, ist Journalistin mit einem Abschluss der Universität von São Paulo (USP). Sie macht derzeit ihren Master in Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Bildung an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Flacso, Argentinien). Sie ist Regionalkoordinatorin bei Derechos Digitales, einer lateinamerikanischen Organisation für die Verteidigung und den Schutz der Menschenrechte im digitalen Raum und Mitglied des Lateinamerikanischen Studiennetzwerks zu Überwachung, Technologie und Gesellschaft (Lavits).

**Joyce Souza**, Brasilien, ist Journalistin mit einem Masterstitel und einer laufenden Promotion der Human- und Sozialwissenschaften an der Universidade Federal do ABC. Sie ist Forscherin im Labor für Freie Technologien (Lab-Livre/UFABC) und untersucht die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen von algorithmischen Systemen und die Beziehungen zwischen Kommunikation und Technologie, Kontrolle und Datenschutz.

daten, die für die Planung, Einführung und Evaluation von medizinischen Maßnahmen notwendig sind» auch als «die Grundlage der Bekämpfung von Ausbrüchen und Epidemien».<sup>9</sup> In Brasilien lässt sich allgemein ein wenig kritischer Umgang mit der Nutzung dieser neu eingeführten Technologien feststellen. Anders als in anderen Ländern sorgen in Brasilien unterschiedliche technische, politische und strukturelle Hürden dafür, dass die Technologien im Kampf gegen das Coronavirus nicht gleichermaßen effektiv eingesetzt werden können.

In Brasilien haben etwa nur drei Viertel der Bevölkerung Zugang zum Internet,<sup>10</sup> dazu kommen weitere technische Hürden, wie ein unzureichender Speicherplatz und/oder veraltete Endgeräte, wie sie von einem großen Teil der Bevölkerung genutzt werden. Das bedeutet, dass sich politische Maßnahmen, die von einer Mobilfunkverbindung oder der Nutzung einer App abhängen, als wenig wirksam oder nutzlos erweisen können. Internationale Studien zeigen, dass der Erfolg von Technologien zur Überwachung von Symptomen oder zur Benachrichtigung von Menschen, die möglicherweise Kontakt zu einem Infizierten hatten, ein Nutzungsniveau von mehr als 60 Prozent der Bevölkerung und von 80 Prozent Smartphone-Nutzern erfordert.<sup>11</sup>

Aus der Perspektive des Datenschutzes ist zu bedenken, dass die Vertrautheit mit den Technologien sehr unterschiedlich ausfällt. Dies betrifft vor allem die Risikogruppen oder die schwächsten Bevölkerungsgruppen und hat Auswirkungen auf die Möglichkeit, eine wirklich informierte Einwilligung zur Nutzung von sensiblen Daten zu geben.

Hinzu kommt das Fehlen eines geeigneten Rechtsrahmens. Obwohl im Jahr 2018 nach fast einem Jahrzehnt der Debatten in Brasilien ein Allgemeines Gesetz zum Datenschutz (LGPD) verabschiedet wurde, wird seine Gültigkeit und Reichweite kontrovers diskutiert und es gibt Widerstand sowohl in der öffentlichen als auch privaten Sphäre.<sup>12</sup> Durch diese Situation wird das in der Verfassung verankerte Recht auf Datenschutz bedroht.

## Das unsichtbare Geschäft der Überwachung

In Brasilien gibt es bereits unzählige Abkommen über die Datenweitergabe zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor.<sup>13</sup> Städte wie Rio de Janeiro, Recife und Florianópolis oder Bundesstaaten wie Amazonas, São Paulo oder Santa Catarina setzen unterschiedliche

Arten von Technologien zur Bekämpfung des Coronavirus ein. Die Strategien umfassen sowohl die Nutzung von Verbindungs- oder Standortdaten, um Menschenansammlungen und Bewegungsmuster nachzuvollziehen, als auch den Versand von Nachrichten und Warnungen an Personen, die dem Virus möglicherweise ausgesetzt waren. Obwohl die Ziele und Formate variieren, haben diese Initiativen eines gemeinsam: Sie hängen von der Nutzung persönlicher Daten ab, ohne Transparenz darüber zu schaffen, wie, wann und zu welchen Bedingungen diese eingesetzt werden. Die Partnerschaften wurden mit Telekommunikationsunternehmen, Start-ups oder großen Technologiekonzernen geschlossen, die in den meisten Fällen bereits ein Geschäftsmodell im Bereich der Überwachung und Nachverfolgung von Personen zum Zwecke von Werbung, Finanzanalysen oder öffentlicher Sicherheit verfolgten und nun als große Verbündete im Kampf gegen Covid-19 auftreten.

Eines der wichtigsten Beispiele hierfür ist das brasilianische Start-up InLoco, das Abkommen mit unterschiedlichen brasilianischen Bundesstaaten geschlossen hat. Das Unternehmen hat eine brasilianische «Covid-19-Landkarte» entwickelt,<sup>14</sup> die Angaben zu dem Anteil der Bevölkerung enthält, der sich an die Empfehlungen zur sozialen Isolation hält. Hierfür greift das Unternehmen auf Standortdaten zurück, die durch Anwendungen von Firmen aus dem Finanzsektor oder Einzelhandel gesammelt werden. Laut Medienangaben umfasste die Datenbank von InLoco bereits vor der Pandemie 60 Millionen überwachte Endgeräte. Das Unternehmen behauptet, Datenschutz zu betreiben, und gibt an, dass die Analysen auf Basis von aggregierten Daten erstellt werden. Laut dem Unternehmen werden keine weiteren Daten zur persönlichen Identifizierung oder zugehörige Konten wie E-Mailadressen oder Telefonnummern gesammelt. Die Daten würden auf Grundlage der freiwilligen Einwilligung der Nutzerinnen und Nutzer gesammelt, die diese bei der Installation der jeweiligen Partneranwendungen erteilen. Das Unternehmen macht jedoch keine Angaben dazu, welche Anwendungen mit seiner Technologie ausgestattet sind oder wie genau das Wort «freiwillig» verstanden werden kann, wenn Bankgeschäfte in die digitale Welt verlagert werden und die Nutzung dieser Dienste eine Einwilligung der Nutzungsbedingungen voraussetzt.

Dies trifft auch auf andere digitale Dienstleistungen zu, die unter anderem sogar vom Staat selbst angeboten werden, wie beispielsweise die Nothilfe für die schwächsten

Bevölkerungsgruppen während der Pandemie. Die Abhängigkeit von solchen vorgegebenen Bedingungen wird während der aktuellen Gesundheitskrise durch die Notwendigkeit der Einhaltung der Distanzierungsmaßnahmen verstärkt und stellt das Konzept eines «freiwilligen Einverständnisses» infrage, da es nicht möglich ist, die von den Unternehmen einseitig vorgegebenen Bestimmungen zur Nutzung und Erhebung von Daten nur teilweise anzunehmen. Dieses Modell findet nicht nur bei InLoco Anwendung, sondern bildet die Grundlage des Überwachungskapitalismus,<sup>15</sup> der in unser aller Alltag präsent ist. Er ist Teil unserer Art im digitalen Raum zu interagieren und zu kommunizieren, insbesondere in Zeiten der Pandemie und der sozialen Isolation. Diese Form der Überwachung macht uns keine Angst, so wie in den vergangenen Jahrhunderten, als die Überwachung ein «Gesicht» und manchmal auch eine «Funktion» hatte. Heute ist die Überwachung unsichtbar und begleitet uns unter dem Deckmantel der Unterhaltung oder der Arbeitsanwendungen.

## Gesundheit und Menschenrechte

Wenn der Gesundheitsnotstand als Rechtfertigung für eine Ausnahmeregelung zur Sammlung von Daten angeführt werden kann, müssen jegliche eingeführten Überwachungsmaßnahmen dennoch die Menschenrechte und die Grundsätze der Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Zweckdienlichkeit erfüllen.<sup>16</sup> Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Regelungen vorhanden bzw. bekannt, die die Sammlung und Weitergabe von Daten auf das für die Kontrolle der Pandemie notwendige Minimum reduzieren, die Nutzung zu anderen Zwecken ausschließen oder nach dem Gesundheitsnotstand explizit zur Löschung der Daten verpflichten. Hieran wird ein Ungleichgewicht in der Gewährleistung der Grundrechte und fehlende Transparenz in der Umsetzung und Funktionsweise der Maßnahmen deutlich. Abgesehen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die es den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft erlauben, sich zu schützen und nicht in den falschen Zwiespalt zwischen «Tod durch Corona oder Tod durch Verhungern» zu fallen, ist es neben einer Vielzahl anderer Anstrengungen notwendig, einen Kommunikationsausschuss zu schaffen, der die Bevölkerung auf Grundlage von wissenschaftlichen Fakten über die Schwere der Situation informiert und die bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu

Informationen und Transparenz einhält – das gilt auch für die zur Überwachung und Kontrolle eingegangenen Partnerschaften und die Art und Weise, wie nach der Pandemie mit den gesammelten Daten umgegangen wird.

Die politischen und sozialen Herausforderungen und Auswirkungen der Überwachungstechnologien sind in diesen Zeiten, genau wie die Pandemie, ohnegleichen. Frank

---

Heute ist die Überwachung unsichtbar und begleitet uns unter dem Deckmantel der Unterhaltung oder der Arbeitsanwendungen.

---

Pasquale warnte bereits in seinem Buch *The Black Box Society*<sup>17</sup> davor, dass «Gesundheits-Scoring» eines Tages wichtiger sein könnte als «Kredit-Scoring». Das Aufkommen solcher Vorschläge können wir bereits in einigen Bundesstaaten der USA beobachten, wenn priorisiert werden soll, welche Patienten im Falle einer zu geringen Anzahl von medizintechnischen Geräten eine Behandlung gegen Covid-19 erhalten. So wird die Technologie nicht nur als Kontroll- und Überwachungsinstrument eingesetzt, sondern wird zum direkten Zuarbeiter der Nekropolitik<sup>18</sup> bei der Verwaltung der Frage, wer leben oder sterben soll. Es ist offensichtlich, dass diese Entscheidung nicht neutral ist: Menschen mit Vorerkrankungen können einen geringeren «Score» erhalten und so nicht für eine Behandlung vorgezogen werden. Dies würde vor allen Dingen die traditionell benachteiligten Gruppen der Bevölkerung wie Schwarze und Frauen treffen.

Die Pandemie darf in keinem Fall als Vorwand genutzt werden, um sensible Bevölkerungsdaten zu übertragen und zu verkaufen. Denn das birgt das Risiko, neue Arten der Diskriminierung zu schaffen und die Ungleichheiten derart zu verschärfen, dass das Land sie nicht mehr bewältigen kann. Auf internationaler Ebene werden wir bereits Zeuge davon, wie die unendliche Datenbank, die den Regierungen und Unternehmen durch unsere Interaktion mit den Technologien zur Verfügung steht, darüber entscheiden kann, ob wir im Falle einer absehbaren Knappheit der medizinischen Ausstattung ein Beatmungsgerät erhalten oder nicht. Im Falle Brasiliens bestehen keine Zweifel daran, dass derartige Systeme die historische Politik des Genozids an bestimmten Bevölkerungsgruppen rechtfertigen würden, die bisher noch auf unterschiedliche andere Arten zutage tritt.<sup>19</sup>

- <sup>1</sup> Planalto do Governo Federal: Lei n. 13.979/2020. Abrufbar unter: [http://www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_Ato2019-2022/2020/Lei/L13979.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_Ato2019-2022/2020/Lei/L13979.htm) (Zugriff: 26.04.2020).
- <sup>2</sup> Londoño, E., et al: «Bolsonaro, Isolated ...», New York Times, 01.04.2020. Abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/04/01/world/americas/brazil-bolsonaro-coronavirus.html> (Zugriff: 24.04.2020).
- <sup>3</sup> GaúchaZH: «É falso que cloroquina...», 14.08.2020. Abrufbar unter: <https://gauchazh.clicrbs.com.br/saude/noticia/2020/08/e-falso-que-cloroquina-teria-salvado-100-mil-vidas-no-brasil-como-diz-bolsonaro-ckdulq9an008801472x6krvknk.html> (Zugriff: 16.08.2020).
- <sup>4</sup> Anm. d. Red.: Daten von August 2020. Im November 2020 waren es bereits 162.000 Tote und 5,7 Millionen Infizierte.
- <sup>5</sup> Kurz nachdem die Regierung die offizielle Kommunikation der aktuellen Daten der Pandemie geändert hatte, rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Brasilien in einer Pressekonferenz dazu auf, transparente Informationen zur Verbreitung des neuartigen Coronavirus im Land sicherzustellen. Carta Capital: «OMS pede que o Brasil tenha transparência nos dados sobre a pandemia», 08.06.2020. Abrufbar unter: <https://www.cartacapital.com.br/saude/oms-pede-que-o-brasil-tenha-transparencia-nos-dados-sobre-a-pandemia/> (Zugriff: 08.06.2020).
- <sup>6</sup> Paine! Folha: «Governo Bolsonaro registra ...», Folha de São Paulo, 5.07.2020. Abrufbar unter: <https://www1.folha.uol.com.br/colunas/paine!2020/07/governo-bolsonaro-registra-o-pior-indice-de-respostas-pela-lei-de-acesso-a-informacao-da-historia.shtml> (Zugriff: 16.08.2020).
- <sup>7</sup> Folha de São Paulo: «Veículos de comunicação...» Folha de São Paulo 8.06.2020. Abrufbar unter: <https://www1.folha.uol.com.br/equilibrioesaude/2020/06/veiculos-de-comunicacao-formam-parceria-para-dar-transparencia-a-dados-de-covid-19.shtml> (Zugriff: 08.06.2020).
- <sup>8</sup> Laut einer Erhebung des Portals OneZero zur Feststellung, inwieweit das Coronavirus neue Überwachungsprogramme auf der Welt fördert, nutzen wenigstens 30 Länder bereits Technologien zur Datensammlung mit dem Ziel, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Bisher sind die Länder des asiatischen Kontinents Vorreiter bei der Anstrengung, die Bevölkerung zu überwachen und ihre Kontakte zu verfolgen. In einigen Ländern ist besonders die schnelle und intensive Vertiefung der Verbindung zwischen Big Data und Big Tech interessant. Eines der Hauptbeispiele hierfür ist England mit der Weitergabe von Daten des Nationalen Gesundheitsdienstes an mehrere Unternehmen, die so eine gemeinsame Datenplattform zur Unterstützung der Überwachungsmaßnahmen entwickeln sollten. Zu diesen Firmen zählen Microsoft, Palantir Technologies UK, Amazon Web Services (AWS), Faculty und Google. OneZero: «We Mapped How the Coronavirus...». Abrufbar unter: <https://onezero.medium.com/the-pandemic-is-a-trojan-horse-for-surveillance-programs-around-the-world-887fa6f12ec9> (Zugriff: 20.04.2020); Gould, M. et al.: «The Power of Data in Pandemic», Blog Department of Health and Social Care, Vereinigtes Königreich. Abrufbar unter: <https://healthtech.blog.gov.uk/2020/03/28/the-power-of-data-in-a-pandemic/> (Zugriff: 26.04.2020).
- <sup>9</sup> Pisa, M.: «COVID-19, Information Problems ...», Center for Global Development, 20.03.2020. Abrufbar unter: <https://www.cgdev.org/blog/covid-19-information-problems-and-digital-surveillance> (Zugriff: 20.03.2020).
- <sup>10</sup> Laut Daten von Cetic.br verfügen in Brasilien 74 Prozent der Bevölkerung ab dem 10. Lebensjahr über eine Möglichkeit, auf das Internet zuzugreifen, während ein Viertel der Brasilianer/innen weiterhin keine Möglichkeit dazu hat, darunter vor allem Menschen in ländlichen Gegenden und Angehörige der einkommensschwächsten Bevölkerungsschichten. Cetic.br: «Três em cada quatro brasileiros já utilizam a Internet, aponta pesquisa TIC Domicílios 2019». Abrufbar unter: <https://cetic.br/pt/noticia/tres-em-cada-quatro-brasileiros-ja-utilizam-a-internet-aponta-pesquisa-tic-domicilios-2019/> (Zugriff: 28.08.2020).
- <sup>11</sup> Mota, R.: «Covid 19: apps de monitoramento...», Olhar Digital, 17.04.2020. Abrufbar unter: <https://olhardigital.com.br/coronavirus/noticia/covid-19-apps-de-monitoramento-exigem-de-adoacao-massiva-diz-estudo/99633> (Zugriff: 26.04.2020).
- <sup>12</sup> Lefèvre F., Souza J.: «Brazil delays privacy law, uses Covid-19 for data grab», Heinrich-Böll-Stiftung Asia Global Dialogue, 08.07.2020. Abrufbar unter: <http://boell-hk.palasthotel.de/en/2020/07/08/brazil-delays-privacy-law-uses-covid-19-data-grab> (Zugriff: 08.07.2020).
- <sup>13</sup> Souza J., Venturini, J.: «Tecnologias e Covid-19...», 16.08.2020, Heinrich-Böll-Stiftung Brasil. Abrufbar unter: <https://br.boell.org/pt-br/2020/06/04/tecnologias-e-covid-19-no-brasil-vigilancia-e-desigualdade-social-na-periferia-do> (Zugriff: 16.08.2020.)
- <sup>14</sup> Inloco (2020): Mapa brasileiro da Covid-19. Abrufbar unter: <https://mapabrasileirodacovid.inloco.com.br/pt/> (Zugriff: 15.08.2020.)
- <sup>15</sup> In dem Sinne, dass große Datenmengen die Hauptkomponente einer neuen Logik der vorsätzlichen Akkumulation werden, mit denen das menschliche Verhalten vorausgesagt und beeinflusst werden soll, sodass es zum Mittel wird, um Einnahmen zu generieren und Kontrolle über den Markt zu gewinnen. Zuboff, S. (2015): «Big Other: Surveillance Capitalism and the Prospects of an Information Civilization». Journal of Information Technology, London, S. 75–89. Abrufbar unter: <http://ssrn.com/abstract=2594754> (Zugriff: 10.02.2020).
- <sup>16</sup> UN Experts: «Covid-19: States should not ...», United Nations Human Rights – Office of the High Commissioner. Abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25722&LangID=E> (Zugriff: 02.05.2020).
- <sup>17</sup> Pasquale, Frank (2015): The Black Box Society: The Secret Algorithms that Control Money and Information, Harvard University Press, Cambridge, MA.
- <sup>18</sup> Mbembe, A. (2016): Necropolitics, Duke University Press.
- <sup>19</sup> Phillips, D.: «Indict Jair Bolsonaro...», The Guardian, 28.11.2019. Abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/nov/27/jair-bolsonaro-international-criminal-court-indigenous-rights>; da Silva, C.: «Precisamos reagir ao genocídio...», The Intercept Brasil, 30.11.2019. Abrufbar unter: <https://theintercept.com/2019/11/30/genocidio-populacao-negrador-familias/?comments=1> (Zugriff: 02.05.2020).

**Perspectivas Lateinamerika** kann auf unserer Webseite als Print- (Deutsch) und E-Publikation (Deutsch und Spanisch) bestellt oder abonniert werden:

[www.boell.de/perspectivas-lateinamerika](http://www.boell.de/perspectivas-lateinamerika)

Versión en español/portugués:  
<http://www.boell.de/de/perspectivas-lateinamerika>

#### **Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

Referatsleitung Lateinamerika:  
Ingrid Spiller  
Schumannstraße 8  
10117 Berlin

**T** 0049 (0)30 28 53 40

**W** [www.boell.de/lateinamerika](http://www.boell.de/lateinamerika)

#### **Büro Mexiko-Stadt – Mexiko und Karibik**

Büroleitung:  
Dawid Bartelt  
Calle José Alvarado 12  
Colonia Roma Norte, Cuauhtémoc  
CP 06760 Ciudad de México

**T** 0052 55 5264 1514

**E** [mx-info@mx.boell.org](mailto:mx-info@mx.boell.org)

**W** [www.mx.boell.org](http://www.mx.boell.org)

#### **Büro Santiago de Chile – Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay**

Büroleitung:  
Gitta Cullmann (ab 1.12.2020)  
Avenida Francisco Bilbao 882  
Providencia  
Santiago de Chile  
Chile

**T** 0056 2 25 84 01 72

**E** [info@cl.boell.org](mailto:info@cl.boell.org)

**W** [www.cl.boell.org](http://www.cl.boell.org)

#### **Büro Rio de Janeiro – Brasilien**

Büroleitung:  
Annette von Schönfeld  
Rua da Glória 190, ap. 701  
20.241-180- Rio de Janeiro-Glória  
Brasil

**T** 0055 21 32 21 99 00

**E** [info@br.boell.org](mailto:info@br.boell.org)

**W** [www.br.boell.org](http://www.br.boell.org)

#### **Büro San Salvador – El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua**

Büroleitung:  
Ingrid Wehr (ab 1.12.2020)  
Residencial Zanzibar  
Pasaje A-Oriente #24  
San Salvador  
El Salvador

**T** 00503 22 74 68 12

**E** [sv-info@sv.boell.org](mailto:sv-info@sv.boell.org)

**W** <https://sv.boell.org/>

#### **Büro Bogota – Kolumbien**

Büroleitung:  
Florian Huber  
Calle 37 No. 15–40  
Bogotá D.C.  
Colombia

**T** 0057 (1) 3719 111

**E** [co-info@co.boell.org](mailto:co-info@co.boell.org)

**W** [www.co.boell.org](http://www.co.boell.org)

#### **Illustrationen: La Loma**

La Loma [dt.: der Hügel] wurde im Jahr 2012 von Daniel Desiderio Paez Castillo und Julia Wolf gegründet, um die Visualisierung von Informationen zu erforschen. Seit Juni 2016 arbeitet La Loma zusammen mit Carolina Padilla Villarraga als kolumbianisch-deutsches Kollektiv, das Informationen visuell aufbereitet und komplexe Zusammenhänge verständlich macht. Das Kollektiv möchte so einen Beitrag zum allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Wohlergehen leisten.

**W** <http://laloma.info/de/>

#### **Impressum**

Herausgeberin	Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Erscheinungsdatum	November 2020
Konzept	Evelyn Hartig, Ingrid Spiller
Redaktion	Evelyn Hartig, Katharina Prott, Valentina Rojas Loa
Mitarbeit	Jenny Zapata López, Susanne Dittrich
Satz	Grafikladen, Berlin
Druck	Ruksaldruck, Berlin

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen sind die der Autor/inn/en und nicht notwendigerweise die der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-SA 4.0. Der Text der Lizenz ist unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode> abrufbar.

Das Titelbild sowie die Illustrationen auf Seite 4, 14, 18, 24 und 28 stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0. Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de> abrufbar.



